

# Berufsbildung *im Fokus*



© Gabriele Lösekrug-Möller MdB



© Fabian Stegmann

**Ausbildung von  
Lehrkräften für  
den Berufsbereich  
Sozialpädagogik**

**Die  
Elisabeth-Selbert-  
Schule**

**Wahlprüfsteine**

# Inhalt

## Grußwort

Berufliche Bildung aufwerten

## Schulvorstellung

Elisabeth-Selbert-Schule, ein Interview mit Gisela Grimme

Angela Merkel übergibt der ESS-Delegation den Schulpreis 2017

Der BLBS gratuliert der Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln zum Gewinn des Deutschen Schulpreises 2017

## Aus dem Landesvorstand

Schwerpunktt Themen der Landesverbandsarbeit  
Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Notwendigkeit erkannt - Umsetzung blockiert:  
Ausbildung von Lehrkräften für den Berufsbereich  
Sozialpädagogik

25. Deutscher Berufsschultag in Radebeul

## Wahlprüfsteine

Wahlprüfsteine des BLVN und VLWN für die Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017

## Aus den Bezirksverbänden

Besuch der Firma Enercon in Aurich

## Informationen für Senioren

- 3 Auch als Ruheständler des BLVN weiterhin informiert sein 18  
Rentenerhöhung/Zuschuss zur PKV 18  
Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Beihilfeverordnung (NBhVO) vom 14. Juni 2017 18

## Personalrat informiert

- 7 Berta Mensen-Weering aus der Personalratsarbeit verabschiedet 19

## Wir informieren

- 19 Ausstieg aus Expertengremium Arbeitszeitanalyse  
Lehrkräfte: Schritt jetzt notwendig, weil klare und valide Aussagen der Politik erforderlich 19  
7 Seltsames Verständnis von sozialer Gerechtigkeit:  
Amtsangemessene Besoldung von niedersächsischen Landes- und Kommunalbeamten nur über den Rechtsweg?! 19  
8 „Heißer Herbst“ nötig?! OVG hält Besoldung im Jahr 2013 für verfassungswidrig – Beschäftigte nicht weiter über Jahre vertrösten 20  
9 Tagung des Bundesringes Agrarwirtschaft 2017 20  
Implementation systemischen Denkens im berufstheoretischen Fachunterricht im Ausbildungsberuf „Landwirt/-in“ 21

## Persönliches

- Wir gratulieren 23  
18 Wir gedenken 23



© Clarissa Herrmann

*Alle Mitglieder erhalten kostenlos den Infobrief „BLVN Aktuell“. Diese aktuellen Informationen erhalten Sie vom Ansprechpartner Ihrer Schule und können ihn auf unserer Homepage [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de) herunterladen.*

## Impressum

**Schriftleitung:** Clarissa Herrmann, c.herrmann@blv-nds.de

**Redaktionsteam:** Heinz Ameskamp, Norbert Boese, Clarissa Herrmann, Lothar Lücke, Ludwig Most, Dr. Gerhard Over

**Autorinnen/Autoren dieses Heftes:**

Heinz Ameskamp, Vera Sommer, Franziska Feldmann, H. v. d. Fecht, Norbert Boese, Gaby Droste-Kühling, Lothar Lücke, Klaus Engelbrecht, Peter Bahr, Gerhard Over, Torsten Günzel, Eva-Maria Alfing, John Kames

**Herausgeber:** Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

**Geschäftsstelle:** Ellernstraße 38, 30175 Hannover  
Telefon (0511) 324073, [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de)

**Verlag:** dbb Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

**Anzeigen:** Geschäftsstelle BLVN

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

**ISSN-Nummer:** 2190-7064

**Redaktionsschluss: Freitag, 17. November 2017**

## Berufliche Bildung aufwerten

### OECD-Studie bewertet deutsches Berufsbildungssystem



Heinz Ameskamp

Eines der zentralen Themen für Landtagswahlen ist immer wieder die Bildungspolitik. Fehlende Fachkräfte, mangelnde Bewerberzahlen für die duale Berufsausbildung, steigende Studierendenzahlen und fehlendes Lehrpersonal sind die Schlagwörter der beruflichen Bildung.

Jahrelang wurde in OECD-Studien für das deutsche Bildungssystem angeregt, die Abitur- und Studentenzahlen zu erhöhen. Über das deutsche System der dualen Berufsausbildung, das die Ausbildung in der Berufsschule und im Betrieb kombiniert, wurde so gut wie gar nicht debattiert. In der jetzt vorliegenden OECD-Studie „Bildung auf einen

Blick 2017“ wird das gute deutsche Berufsbildungssystem gelobt, da das Ausbildungsniveau bei technischen Ausbildungsberufen international als Aushängeschild Deutschlands gilt.

### Dennoch verliert die duale Berufsausbildung in Deutschland seit 2011 kontinuierlich an Nachfrage.

Im Ausbildungsjahr 2016 konnten bei 43 500 unbesetzten Lehrstellen (ein Plus von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr) 520 300 Ausbildungsverträge (0,4 Prozent weniger als im Vorjahr) abgeschlossen werden. Dieser Trend ist genauso wenig neu wie die steigenden Studentenzahlen. Mittlerweile haben wir geringfügig mehr Studenten als Auszubildende. Das von der Wirtschaft für den Fachkräftemarkt immer als gutgeheißene Verhältnis von 2/3 Lehrlinge und 1/3 Studenten ist Vergangenheit. Vorbei sind für die meisten Unternehmen auch die Zeiten, in denen sie aus zehn und mehr Bewerbern denjenigen aussuchen konnten, der am besten zu ihnen passte. Nahezu umgekehrt ist die Situation heute und die Betriebe gehen mehr und mehr dazu über, mit Werbungsanreizen (Einstellungsgarantien, Bezahlung, Diensthandys, Bezahlung des Führerscheins et cetera) junge Menschen für die duale Berufsausbildung zu gewinnen. Die Demografie sowie regionale und berufsbezogene Matching-Probleme verschärfen die Situation.

### Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung verbessern.

Eltern wünschen sich für ihre Kinder einen möglichst hohen allgemeinbildenden Bildungsabschluss, wenn eben möglich das Abitur, damit sie auf ihr Erwerbsleben gut vorbereitet sind. Die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildungsabschlüsse mit den allgemeinbildenden Abschlüssen ist oft nicht ausreichend bekannt, wird infrage gestellt und ist häufig mit dem Klischee behaftet, primär eine schnelle berufliche Verwertbarkeit statt die Eröffnung von Bildungswegen zu fördern. Die im Wahlkampf in Niedersachsen so häufig propagierte Stärkung der beruflichen Bildung ist lange überfällig und zu begrüßen. Die Verbesserung der Berufsorientierung ist dabei sicherlich einer der wesentlichen Schritte. Eine Verzahnung der beruflichen Bildung mit der Hochschulbildung aber ebenso erforderlich. Die

Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung ist so zu gestalten, dass kein Abschluss ohne Anschlussberechtigung ist und die jeweiligen Abschlüsse neben der Berechtigung auch die inhaltlichen Befähigungen absichern. Wer die berufliche Bildung stärken möchte, muss auch die Qualität der Ausbilder stärken. Mit Blick auf die im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu erwartenden Veränderungen der Berufswelt sind schon jetzt entsprechende Aus- und Fortbildungsbedarfe für Lehrer und Ausbilder dringend und zeitnah notwendig.

### Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen sicherstellen.

Gute Ausbildungsqualität ist nur mit guter Unterrichtsversorgung und guten Lehrkräften zu erreichen. Die Unterrichtsversorgung jedoch ist in Niedersachsen im Schuljahr 2016/17 an den Berufsbildenden Schulen mit durchschnittlich 88,1 Prozent auf einen historischen Tiefpunkt angekommen. Der gestiegene Zeitaufwand für Kammerprüfungen ist dabei noch nicht berücksichtigt, zudem zieht dieser Unterrichtsausfall nach sich. Hinzu kommt, dass die Altersstruktur der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen sehr ungünstig ist, da fast ein Drittel der Lehrkräfte in den nächsten zehn Jahren aus Altersgründen ausscheiden wird. Die Lehrerausbildung ist daher unverzüglich zu forcieren und mit Blick auf die Digitalisierung und Globalisierung auch anzupassen, parallel dazu sind Fort- und Weiterbildungen für die im Dienst befindlichen Lehrkräfte anzubieten.

### Attraktivität des Lehrerberufs verbessern.

Zur dringend notwendigen Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an Berufsbildenden Schulen fordert der BLV Niedersachsen schnellstmöglich eine neue Arbeitsplatzbewertung vorzunehmen. Diese ist für die dringende Notwendigkeit der Gewinnung qualifizierten Nachwuchses ebenso wichtig wie aufgrund der vielen Veränderungen in den letzten Jahren. Allein schon die schlechte Unterrichtsversorgung von 88,1 Prozent bedingt eine hohe Mehrbelastung des Kollegiums an der Schule, da der funktionale Anteil, der im Rahmen der Arbeitszeit zu erbringen ist, der gleiche ist wie bei einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung, nur mit dem Unterschied, dass er von weniger Lehrkräften erledigt werden muss. Darüber hinaus steht die Ausbildung zum Lehramt an Berufsbildenden Schulen in einem engen Wettbewerb zu den Fachkräften der Wirtschaft. Deshalb wird es notwendig sein, neben den Arbeitsbedingungen auch die Besoldung zu prüfen und anzupassen.

Mit Blick auf die Landtagswahlen am 15. Oktober 2017 warten wir gespannt ab, welche Maßnahmen von den dann regierenden Parteien eingeleitet werden, um die so viel zitierte Stärkung der beruflichen Bildung voranzutreiben. Unsere Wahlprüfsteine an die derzeit regierenden Parteien finden Sie im Inneren dieser Zeitschrift. Getragen von der Überzeugung, dass die berufliche Bildung ein wesentlicher Bildungs- und Wirtschaftsfaktor im Flächenland Niedersachsen ist, wird der BLV Niedersachsen bei der neuen Landesregierung weiterhin seine Positionen einbringen und die anstehenden notwendigen Reformprozesse konstruktiv und kritisch begleiten.

In diesem Sinne grüßt Sie ganz herzlich

Heinz Ameskamp,  
BLVN-Landesvorsitzender

## Elisabeth-Selbert-Schule, ein Interview mit Gisela Grimme

### Portraitieren Sie bitte Ihre Schule (Anzahl der Schüler/ Schülerinnen, Fachbereiche, Schularten, Schulabschlüsse).

Die Elisabeth-Selbert-Schule ist eine berufsbildende Schule in Trägerschaft des Landkreises Hameln-Pyrmont. Es werden 2.000 Schülerinnen und Schüler aus 34 Nationen an drei Standorten im Stadtgebiet in Hameln beschult. In den verschiedenen Bildungsgängen unterrichten circa 160 Lehrerinnen und Lehrer. Die Standorte Münsterkirchhof mit der Abteilung Berufliches Gymnasium Gesundheit und Soziales sowie der Abteilung Ernährungsgewerbe und Langer Wall mit den Abteilungen Körperpflege, Sozialpädagogik und Heilpädagogik/therapeutische Berufe befinden sich im Zentrum von Hameln. Der Standort Thibautstraße mit den Abteilungen Agrarwirtschaft, Hauswirtschaft/Pflege, Fachoberschule und Berufseinstiegsschule liegt am westlichen Stadtrand.

Im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen werden die Abteilungsstrukturen und die dazugehörigen Bildungsangebote ständig reflektiert und den neueren Gegebenheiten angepasst. Für das neue Schuljahr planen wir mit sieben Sprachförderklassen und haben ein neues Konzept entwickelt, die bisherigen Sprachförderschüler je nach Leistungsstand in andere Klassen im Sinne der Inklusion aufzunehmen. Die Bandbreite der schulischen Abschlüsse reicht von Erfüllung der Schulpflicht über den Hauptschulabschluss bis zur allgemeinen Hochschulreife und den vielfältigen beruflichen Abschlüssen. Unsere Schule zeichnet sich dadurch aus, dass die Lehrkräfte ein großes Interesse an der beruflichen, schulischen und persönlichen Weiterentwicklung jeder Schülerin/jedes Schülers haben. Die hohen Zufriedenheitswerte der Schüler/-innen mit der Elisabeth-Selbert-Schule können nur erzielt werden, weil die Lehrkräfte ihre wichtige Arbeit mit großer Professionalität und mit hoher Motivation wahrnehmen.

### Welche Lehrer/Lehrerinnen unterrichten an Ihrer Schule?

Die Vielfalt an unserer Schule drückt sich auch in der Zusammensetzung unseres Kollegiums aus. Die meisten Lehrkräfte haben eine klassische Ausbildung als Berufsschullehrer/-in, somit haben sie eine berufliche Fachrichtung und ein Unterrichtsfach. Neben den Theorielehrkräften unterrichten an der Elisabeth-Selbert-Schule Fachpraxiskolleginnen und -kollegen, die durch ihre praktische Kompetenz für die berufliche Bildung an der Elisabeth-Selbert-Schule unbedingt notwendig sind. Die hohe Motivation der Lehrkräfte und die intensive Zusammenarbeit in den Teams sind an der Elisabeth-Selbert-Schule sehr ausgeprägt.

### Wie oft haben Sie sich um den Schulpreis beworben?

Wir haben uns insgesamt fünf Mal beworben und waren immer unter den besten fünfzig Schulen. In den Jahren haben wir unsere Bewerbung kontinuierlich verbessert und die von der Schulpreisjury angebotenen telefonischen und persönlichen Beratungen jedes Mal gerne in Anspruch genommen. Uns war es zunehmend sehr wichtig, neben der Herausarbeitung unserer zahlreichen Stärken die Wirkung unserer schulischen Arbeit an konkreten Kennzahlen darzustellen.

### Haben Sie sich als Schule mit ihrer berufspädagogischen Arbeit oder mit bestimmten Projekten beworben?

Wir haben uns für den Deutschen Schulpreis 2017 mit unserem Leitgedanken „**Vielfalt und Verantwortung**“ beworben. Als zen-

trale Herausforderung haben wir den Umgang mit Vielfalt gewählt. Diese betrifft neben der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler, die unsere Schule besuchen, auch die große gesellschaftliche Aufgabe der Integration von Schülern/-innen mit Fluchterfahrung und das gemeinsame Lernen und Leben von allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft der Elisabeth-Selbert-Schule. Als weitere Herausforderung sehen wir unsere Verantwortung sowohl innerschulisch als auch in der Region, der wir pädagogisch und strukturell gerecht werden möchten. In unserer Bewerbung haben wir in unterschiedlichen Zusammenhängen Bezug auf diese Fragestellungen genommen und dazu Schwerpunkte unserer Arbeit angeführt.

Bei der Entscheidung über die Preisträger hat die Jury die Qualitätsbereiche „Leistung“, „Umgang mit Vielfalt“, „Unterrichtsqualität“, „Verantwortung“, „Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner“ und „Schule als lernende Institution“ bewertet. Diese Merkmale sind allgemein inzwischen als Kennzeichen für gute Schulqualität anerkannt.

### Wie setzen Sie diese Merkmale in Ihrer Schule praktisch um? Stellen Sie diese Umsetzung in die Praxis bitte an Beispielen dar.

Im **Qualitätsbereich „Leistung“** stellen wir die optimale Förderung und Motivation eines jeden Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Nutzung des eigenen Potenzials heraus. Aufgrund der Vielfalt und Durchlässigkeit unserer Bildungsgänge bieten wir die Möglichkeit, dass jede/jeder den für ihn höchstmöglich zu erreichenden und seinen Fähigkeiten entsprechenden schulischen und beruflichen Abschluss erwerben kann. Wir ergreifen bereits vor Schuleintritt umfangreiche Maßnahmen zur Berufsfindung wie zum Beispiel Informationstage für Schüler/-innen allgemeinbildender Schulen, Hospitationstage im Unterricht, Beratungstage und Kooperationsunterricht mit den Ober- und Realschulen der Region und vieles mehr. Damit erreichen wir eine fundierte Berufsentscheidung, die sich in der hohen Zufriedenheit und im geringen Wechsel der Schulformen ausdrückt. Für jede Schullaufbahn an der Elisabeth-Selbert-Schule schaffen wir Transparenz für die Leistungsbewertung durch die Veröffentlichung der Bemessungskriterien auf der Homepage für jeden Bildungsgang. Jeder Bildungsgang der Elisabeth-Selbert-Schule arbeitet nach gemeinsam abgestimmten Konzepten zur Bewertung von Schüler/-innen-Leistungen und methodischen Standards, welche die Grundlage für die individuellen Leistungsrückmeldungen darstellen. Diese werden den Schülern/-innen zu Schuljahresbeginn schriftlich ausgehändigt und erklärt. Jeder Bewertung geht ein differenzierter Erwartungshorizont voraus. Die darauf basierte individuelle Rückmeldung über den Leistungsstand und die persönliche Kompetenzentwicklung in ausführlichen Einzel- und Gruppengesprächen hat sich bewährt und wird von unseren Schülern/-innen sehr gut angenommen. An unserer Schule haben wir umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsangebote, auch in persönlich problematischen Lebenssituationen (zum Beispiel die Arbeit des Beratungsteams beziehungsweise der Schulsozialarbeit und die Individualförderung), um vielen Schülern/-innen ihr angestrebtes Ausbildungsziel zu ermöglichen. In den Bildungsteamteams und im regen Austausch mit den Ausbildungsbetrieben wird darüber hinaus regelmäßig der Leistungs- und Entwicklungsstand der Schülerschaft reflektiert. Beim Ausbildersprechtag ist die Resonanz der Betriebe zum Beispiel im Ernährungsgewerbe enorm. Die sehr gut besuchten Anleitertreffen in den Abteilungen Pflege, Sozialpädagogik und therapeutische Berufe sind ebenso ein Ausdruck der engen Zusammenarbeit.



**Projekt „Kiosk“:** Ein gutes Beispiel ist das Projekt „Kiosk“ am gesamten Standort Thibautstraße, welches seit 2012 umgesetzt wird. Die gesunde Verpflegung liegt in der Verantwortung der Schüler/-innen des Bereiches Hauswirtschaft. Im fachpraktischen Unterricht ist jede Klasse in zwei Teilgruppen aufgeteilt. Eine Gruppe bereitet die zu verkaufenden Nahrungsmittel in der Küche zu. Die zweite Teilgruppe der Klasse übernimmt selbstständig den Verkauf im Kiosk und weitere den Kiosk betreffende Arbeiten, zum Beispiel das Überprüfen der Lagerbestände oder die Dekoration des Bistros. Diese Tätigkeiten werden durch die beiden Gruppen im Wechsel ausgeführt.

**Projekt „Produktion“:** Schülerinnen und Schüler mit „schwierigen“ Bildungsbiografien übernehmen im Berufsvorbereitungsjahr der Hauswirtschaft die Erzeugung von Produkten. Es werden verschiedene Waren wie zum Beispiel Marmelade, Kekse, Backmischungen, Kräuteröle, Kerzen und Seife hergestellt, zum Verkauf ansprechend verpackt und dargeboten. Neben einem festen Sortiment, das auch auf der Homepage angeboten wird, können die Schülerinnen und Schüler Verantwortung übernehmen, denn sie entscheiden, was zusätzlich produziert werden soll. Im Sinne einer ganzheitlichen und nachhaltigen Erzeugung werden die Früchte des großen Schulgartens jahreszeitlich verarbeitet. Eigenverantwortliches Arbeiten in der Abteilung Ernährungsgewerbe findet durch den regelmäßig angebotenen Mittagstisch im Schulrestaurant sowie Catering-Angebote statt. Die Klassen übernehmen Verantwortung für das Sortiment und den Service. Dies fördert den individuellen Lernfortschritt in Bezug auf die beruflichen Kompetenzen.

**Qualitätsbereich „Umgang mit Vielfalt“:** Die Elisabeth-Selbert-Schule hat sehr schnell auf die aktuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren und die Beschulung von jungen geflüchteten Menschen organisiert. Durch die hohe Motivation aller Lehrkräfte ist es uns möglich, die Sprachförderschüler/-innen gut in die Schulgemeinschaft der Elisabeth-Selbert-Schule zu integrieren.. Unser Ziel ist, dass diese Schüler/-innen schnell die deutsche Sprache erlernen, dies geschieht am Anfang in ihrem Klassenverband. Damit sie möglichst schnell einen Kontakt mit anderen Schülern/-innen und der beruflichen Bildung bekommen, initiieren wir gemeinsamen Unterricht zum Beispiel in der Berufsfachschule Gastronomie, Hospitationen im Regelunterricht anderer Klassen und Begegnungen mit Schülern/-innen aus allen Bereichen der Schülerschaft. Schüler/-innen des beruflichen Gymnasiums unserer Schule, pensionierte Lehrkräfte und junge Menschen, die beim Landkreis ihr Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren, unterstützen die Sprachförderschüler/-innen.

Das **Konzept der Individualförderung** an der Elisabeth-Selbert-Schule ist die logische Konsequenz aus dem Umgang mit Vielfalt und Verantwortung. Das Konzept, das auf Freiwilligkeit, Selbstverantwortung und Individualität beruht, zielt darauf ab, neben fachlichen Kompetenzen die Lernenden in allen Bereichen entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entwickeln. Das Förderkonzept bietet Angebote, in denen Schülern/-innen methodische Kompetenzen zum „Lernen lernen“ erfahren und reflektieren können. Hierdurch zielen unsere Maßnahmen zur Individualförderung da-

rauf ab, Schülern/-innen in ihrem eigenverantwortlichen Lernen zu unterstützen. Die Fördermaßnahmen finden bei Bedarf in allen Schulformen und Unterrichtsfächern statt. Der Unterstützungsbedarf wird per Abfrage ermittelt, dann werden Kurse eingerichtet und durchgeführt. Am Ende des Schuljahres wird evaluiert. Es stehen Angebote wie unterstützendes Lernen, Crashkurse zur Prüfungsvorbereitung, Förderkurse mit fachlichem Schwerpunkt, Deutsch als Fremdsprache sowie Angebote von Schülerseite für Schülerinnen und Schüler und Beratungsstunden zur Verfügung. Im Schuljahr 2015/16 wurden insgesamt 21 Kurse durchgeführt. Ein Drittel dieser Kurse wurde von Schülern für Schüler durchgeführt: Die „Großen“ helfen den „Kleinen“.

**Qualitätsbereich „Unterrichtsqualität“:** In diesem Schwerpunkt stellten wir besonders das Daltonprinzip und die Projektarbeit heraus. Schülerinnen und Schüler können nur dann lernen, wenn sie für ihr Lernen die Verantwortung tragen. In der Abteilung Sozialpädagogik wurde die „**Daltonplanarbeit**“ eingeführt und im Juni 2015 von offizieller Stelle zertifiziert. „Dalton“ ist ein reformpädagogisches Unterrichtskonzept, welches auf die US-amerikanische Reformpädagogin Helen Parkhurst zurückgeht und die Schüler/-innen in die Verantwortung stellt, ihren eigenen Lernprozess zu planen, ihnen aber zugleich die Freiheit schenkt, zu entscheiden, welche „Dalton-Aufträge“ sie wo, mit wem und in welchem Tempo erarbeiten möchten. Um unseren Schülern/-innen dies zu ermöglichen, findet in der Abteilung Sozialpädagogik der Daltonunterricht täglich in allen Klassen zur selben Zeit („auf Leiste“) statt, sodass auch fach- und klassenübergreifend gemeinsam mit anderen gelernt und gearbeitet werden kann und unterschiedliche Lehrer/-innen zur lernprozessbegleitenden Beratung konsultiert werden können. Es werden „Workshops“ von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern angeboten. Als besondere Ausprägung der Daltonplanarbeit an der Elisabeth-Selbert-Schule sind die regelmäßigen „Schüler/-innen-Lehrer/-innen-Treffen“ zu nennen. In diesen Treffen reflektieren Lehrer/-innen und Schüler/-innen gemeinsam, wie sich das Lernen und die dafür notwendigen Bedingungen zurzeit entwickeln und wie man aus den gemeinsamen Erfahrungen den weiteren Lernprozess in den Daltonstunden weiter optimieren kann.

An der Elisabeth-Selbert-Schule ist der Klassenraum nur einer von vielen Lernorten. Wir sind der Überzeugung, dass Menschen nur dann nachhaltig lernen, wenn dieses Lernen einen Sinn hat und ein Ziel verfolgt, das über eine gute Bewertung hinausgeht. Aus diesen beiden Gründen heraus hat die **Projektarbeit** einen hohen Stellenwert in der Unterrichtsplanung der verschiedenen Ausbildungsgänge und wird kontinuierlich erneuert und erweitert. Grundgedanke dieser wechselseitigen Öffnung des Lernortes Schule ist das kurzweilige Eintreten in (oft außerschulische) Kooperationen, von denen sowohl die Schüler/-innen als auch die vielfältig vorhandenen Kooperationspartner profitieren. Im Praxisunterricht der Profilmächer des Beruflichen Gymnasiums werden regelmäßig Projekte durchgeführt. Ein Thema wird so aufgearbeitet, dass die Lernenden am Ende des Projektes ein bestimmtes Handlungsprodukt hergestellt haben. Die Schüler/-innen lernen, sehr viel Eigenverantwortung bei der Planung und Durchführung zu übernehmen. Zudem wird Gelegenheit zu vertieftem wissenschaftspropädeutischen Arbeiten gegeben. Die Arbeitsergebnisse werden nach dem Motto „Schüler/-innen für die Öffentlichkeit“ in sozialen Einrichtungen oder regionalen Firmen vorgestellt. Aufgrund der guten Arbeitsergebnisse werden die Bildungsgänge für solche Veranstaltungen angefragt und es werden damit Spenden für die Aufbesserung des Schuletats eingenommen. Als Beispiele für das aktuelle sowie das vorangegangene Schuljahr können hier die Gesundheitstage bei der Reintjes GmbH, dem Energieversorger e.on oder bei der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weberbergland GmbH genannt werden. Ein festes Element und einer der Höhepunkte im Kultur- und Bildungsprogramm der Stadt Hameln und der gesamten Region ist das Kinderfest der Fachschule Sozialpädagogik (in Kooperation mit der Stadt Hameln), welches alle zwei Jahre in Hamelns Bürgerpark stattfindet. Im Oktober

2015 entwickelten alle 158 Schüler/-innen aus sechs Klassen das kostenfreie Kinderfest unter dem Motto „In einem Tag um die Welt“. In der Vorbereitungsphase verwandelten sie unsere Schule am Standort Langer Wall in Werkstätten, Kreativräume und Bastelstudios, um 42 Spielstände zu entwerfen und vorzubereiten.

An zahlreichen Beispielen wurde bereits der **Qualitätsbereich „Verantwortung“** für die Schülerseite verdeutlicht. Die Lehrkräfte haben die Verantwortung für die Qualität unseres Kerngeschäftes. Daher legen wir an der Elisabeth-Selbert-Schule großen Wert auf die Arbeit der Lehrkräfte in Teams, unsere Lehrkräfte sind Teamplayer. Dieser Gedanke wird auf der Führungsebene gelebt, indem sich die Schulleiterin, die stellvertretende Schulleiterin und alle Abteilungsleiterinnen als Leitungsteam verstehen. Dieses setzt sich in allen Abteilungen fort, unsere Besprechungskultur mit einem wöchentlichen Besprechungstag und das gemeinsame Verständnis von Unterricht zeichnen uns aus.

Unsere Organisationsstrukturen sind auf dieses Ziel ausgerichtet. Für alle Mitglieder der Schulgemeinschaft ist stets transparent, an wen sie sich bei Fragen wenden können. Dies ist durch die klare und verbindliche Struktur der Verantwortlichkeiten im Organisationsplan geregelt. Dies ist ein Grund dafür, dass der Schulalltag so wie die zahlreichen Projekte gut umgesetzt werden können. Für alle Aufgaben gibt es Stellen- und Aufgabenbeschreibungen, die ebenfalls einmal jährlich überprüft werden und mit dem Organisationsplan abgestimmt sind. Die Ablauforganisation ist durch Konzepte (zum Beispiel Individualförderkonzept) und Prozessbeschreibungen festgelegt und wird regelmäßig überarbeitet und an mögliche Veränderungen angepasst. Unser Wissensmanagement erfolgt über das schulische Intranet IServ, welches dazu beiträgt, dass die Kommunikation zwischen den drei Standorten der Schule gut funktioniert und wichtige Informationen für Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte jederzeit verfügbar sind. Alle Lehrkräfte und Schüler/-innen können gemeinsam erarbeitete und informelle Materialien für ihren Unterricht nutzen. Wir überprüfen die Effektivität unserer Arbeit regelmäßig und leiten daraus neue Ziele ab. Das „Controlling“ der Arbeit in den eigenständigen Teams erfolgt über das Instrument der Zielvereinbarung. Damit ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess möglich ist, finden regelmäßig Schüler-, Mitarbeiter- und Betriebsbefragungen über die Zufriedenheit mit unserem Handeln statt. Jede Lehrkraft holt sich zweimal im Jahr ein persönliches Feedback in ihren Klassen und nutzt die kollegiale Unterrichtshospitation. Diese Ergebnisse werden in den zuständigen Teams oder Klassen besprochen. Wir verstehen uns als lernende Organisation, überprüfen unsere Qualität unter anderem durch Befragungen kontinuierlich und lernen und entwickeln uns beständig weiter. Leistung ist an der Elisabeth-Selbert-Schule wichtig, sowohl in der Schülerschaft als auch in der Lehrerschaft sowie in der Schulleitung.

**Qualitätsbereich „Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner“:** Die Rahmenbedingungen an der Elisabeth-Selbert-Schule sind für ein gelungenes Schulleben und eine positive Grundstimmung zunächst einmal nicht optimal. Wir sind eine große Schule mit drei in der Stadt verteilten Standorten. Ein neues Schulgebäude ist schon seit längerer Zeit in Planung. Was also ist es, das uns Kollegen/-innen und auch die Schüler/-innen beim Öffnen der Schultür spüren lässt, dass das Schulleben an der Elisabeth-Selbert-Schule eine unserer höchsten Qualitäten ist? Es sind nicht die Räume selbst. Es sind die Menschen innerhalb dieser Räume und die wertschätzende Art, in der sie miteinander umgehen. In einem Prozess, der vor fast 20 Jahren eingeleitet wurde, haben wir im Rahmen von Schulentwicklungsprojekten ein gemeinsames Verständnis von Schulkultur entwickelt, das bis heute gelebt, gepflegt und ausgebaut wird. Seit damals ist die Begrüßungskultur an der Elisabeth-Selbert-Schule ein wichtiger Teil davon, in der jede/r Einzelne – egal ob Lehrer/-in oder Schüler/-in – wahrgenommen und willkommen geheißen wird. Ausdruck findet dies auch auf unserer Startseite der Homepage mit dem Willkommensgruß in den Sprachen unserer Schüler/-innen. Schüler/-innen werden in

der Schulgemeinschaft herzlich willkommen geheißen, indem zum Beispiel erfahrene Schüler/-innen als Peers den neuen Schülern/-innen an durch Klassenlehrkräften sehr gut organisierten Einführungstagen die Schule zeigen, das Kennenlernen mitgestalten und in Kontakt treten. Nicht nur an diesen Tagen im Jahr trifft man die Schulleitung beim Rundgang durch die Klassen, um diese zu begrüßen und die Schulkultur zu verkörpern. Auch neue Lehrkräfte schätzen die herzliche Aufnahme in die Schulgemeinschaft. *„Ich durfte bisher noch nie einen Arbeitsort kennenlernen, an dem ich so freundlich, offen und willkommen empfangen wurde“*, wie eine kürzlich neu eingestellte Lehrkraft zu Beginn des Schuljahres befand. Das Schulleben an der Elisabeth-Selbert-Schule ist nicht zuletzt auch dadurch geprägt, dass es tatsächlich lebendig und vielfältig ist. Es ist – kurz gesagt – immer etwas los. Um einen Einblick in die Vielfältigkeit an Aktionen und Angeboten zu geben, empfehlen wir einen Klick auf unsere Schul-Homepage oder einen Blick in unser Jahrbuch.

Als Regionales Kompetenzzentrum sehen wir uns als Kooperationspartner und Gestalter von Fortschritt in verschiedenen Netzwerken der Region Hameln-Pyrmont. Wir sind zum Beispiel ein aktiver Partner im „Forum Inklusion“. Wir haben fünf Arbeitskreise eingerichtet, in denen Lehrkräfte und Mitarbeiter/-innen aus den pädagogischen Einrichtungen gemeinsam die Ausbildung weiterentwickeln. Aus der Mitarbeit in den Arbeitskreisen „Elementar“, „Schulkind und Jugend“ sowie „Heilpädagogische Einrichtungen“, die monatlich tagen, sind ganz aktuell Bewertungskriterien für die praktische Ausbildung aufgestellt worden.

Im **Qualitätsbereich „Schule als lernende Institution“** weisen wir auf unser **Konzept zur Qualitätsentwicklung** hin. Die kontinuierliche Weiterentwicklung ist wichtiger Bestandteil des Qualitätsentwicklungsprozesses der Elisabeth-Selbert-Schule. 2016 evaluierten wir unsere Schulqualität auf der Grundlage des niedersächsischen Kernaufgabenmodells und konnten dieses durch unsere Erfahrungen mit Selbstbewertungen 2003, 2005, 2008 und 2010 sicher umsetzen. Die Schulinspektion als externe Evaluation war für diesen Prozess sehr hilfreich, sie brachte gute Ergebnisse, besonders in der Bewertung des Unterrichts. Nach einer intensiven Bestandsaufnahme auf der Basis der umfangreichen Befragungsergebnisse und den Ergebnissen der Landeskenntzahlen arbeiteten wichtige Gremien der Schule, unter anderem der Schulpersonalrat, die Steuergruppe zur Unterrichtsentwicklung und interessierte Kolleginnen und Kollegen zahlreiche Stärken und Verbesserungsbereiche heraus. Für die nächsten drei Jahre ergaben sich daraus unter dem Motto „Vielfalt leben“ Projekte wie zum Beispiel Überarbeitung des Leitbildes, Entwicklung eines Inklusionskonzeptes, Zusammenführung von Hospitationskonzept und dem Konzept „SBUS“ (= Schüler bewerten Unterricht systematisch), Überarbeitung des Medienkonzeptes. Dieses systematische Vorgehen ist im Konzept zur Qualitätsentwicklung zusammengefasst. Es regelt den Umgang mit den zahlreichen Befragungsergebnissen, die in unserem schulischen Intranet für alle Kolleginnen und Kollegen einsehbar sind. Bestandteil des Konzeptes ist ein Controllingkalender, der übersichtlich die Fülle der Aufgaben für jede einzelne Lehrkraft hinsichtlich der Erfüllung der Controllingaufgaben dargestellt. Durch diese transparente Darstellung ist es allen Lehrkräften möglich, Verantwortung für den Qualitätsentwicklungsprozess mit zu übernehmen.

Wir haben ein **Konzept zur Unterrichtsentwicklung**, das den Teamgedanken in den Vordergrund stellt. Durch eine klare Organisationsstruktur ist jede Lehrkraft mindestens in ein Team eingebunden. Es gibt verbindliche Sitzungszeiten, die es allen ermöglichen, gemeinsam Unterricht vorzubereiten. Eine Steuergruppe, die sich ausschließlich mit der Unterrichtsentwicklung beschäftigt, ist eingeführt. Diese übernimmt die Verantwortung dafür, dass Standards für Methoden verbindlich vorhanden sind. Außerdem werden Makrospiralen für den Unterricht gemeinsam erstellt und kontinuierlich verbessert. Mithilfe des Hospitationskonzeptes kommt es zur weiteren Verbesserung der Unterrichtsqualität. Pro Schul-

halbjahr besuchen sich Lehrer/-innen einmal wechselseitig in ihrem Unterricht. Eine weitere systematische und durch ein Konzept verbindliche Maßnahme zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ist die auf die Lehrkraft bezogene Rückmeldung durch die Schüler/-innen.

Die Gesellschaft wird vielfältiger. Die Schule muss sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen und Verantwortung für die ihr anvertrauten Schüler/-innen übernehmen. Wir als Schulgemeinschaft der Elisabeth-Selbert-Schule begegnen den vielfältigen

Herausforderungen der Gesellschaft mit unserer Vielfalt und der damit verbundenen Neugier. Unser Ziel ist es, die jungen Menschen zu eigenständigen und verantwortungsbewussten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu erziehen. Das, was zwischen allen am Lernprozess beteiligten Personen stattfindet, also ein Netzwerk an wertschätzenden Beziehungen, trägt uns durch den Schulalltag, aber auch durch unsere sich verändernde Gesellschaft.

Vera Sommer

## Angela Merkel übergibt der ESS-Delegation den Schulpreis 2017

Eine Delegation (sechs Schüler/-innen und vier Mitglieder der Schulleitung) der Elisabeth-Selbert-Schule nimmt den deutschen Schulpreis 2017 von Bundeskanzlerin Angela Merkel entgegen.

Sonntags fuhren wir mit dem Zug nach Berlin. Nach einer kurzen individuellen Stadterkundung fanden wir uns am Spätnachmittag vor der Robert-Bosch-Stiftung ein, wo der Abend der Nominierten stattfand. 14 Schulen waren eingeladen, stellten sich dort vor und gaben Interviews vor laufenden Kameras. Als Überraschungsgast erschien der Nationaltorwart Manuel Neuer. Zwei Moderatoren und ein Poetry Slammer führten durch den Abend.

Am nächsten Tag, Montag, 29. Mai 2017, um 12 Uhr fand die Verleihung zum Deutschen Schulpreis 2017 im E-Werk statt.

Einheitlich mit unseren schwarzen T-Shirts mit Schullogo gekleidet und dem Gefühl – wir sind dabei – verfolgten wir die Preisverleihung. Es ist Spannung pur – die Preise mit 25 000 Euro wurden vergeben – wir sagten uns: Dabei sein ist alles! Wir ahnten nichts – verfolgten das Interview mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel und waren weiter gespannt.

Endlich kam es dann zum Höhepunkt der Veranstaltung – der Hauptpreis wurde von der Bundeskanzlerin vergeben. Sie nahm den Briefumschlag und las vor: Bei Elisabeth- realisierten wir, dass wir gemeint waren, lagen uns in den Armen und jubelten laut.

Weiter hinten im Publikum stehen winkend unsere Gäste auf – Frau Bickmann (Dezernentin der Landesschulbehörde), Herr Mügge (Verwaltungsleiter der ESS), Herr Wegener (Obermeister der Bäckerinnung), Herr Dietrich (Vertreter des Landkreises Hameln-Pyrmont, Frau Volkmer (pädagogische Leitung der evangelischen Kitas) sowie der Landrat Herr Bartels.

Freudestrahlend nahm unsere Schulleiterin Gisela Grimme den Schulpreis von der Bundeskanzlerin Angela Merkel entgegen. Ein Blitzlichtgewitter folgte mit den Pressefotos (siehe Titelseite).

Mit dem Schulpreis im Gepäck fuhren wir zurück nach Hameln. Im Zug hörten wir Nachrichten, lasen die ersten Presseartikel und realisierten es: **Wir haben den Schulpreis 2017 gewonnen.**

Franziska Feldmann, H. v. d. Fecht

## Der BLBS gratuliert der Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln zum Gewinn des Deutschen Schulpreises 2017

Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), gratuliert dem Lehrerteam des Kompetenzzentrums für berufliche Bildung der Region Hameln (Niedersachsen) zu der Auszeichnung. „Es freut mich ganz besonders, dass die Bundeskanzlerin den mit

100 000 Euro dotierten Deutschen Schulpreis 2017 einer beruflichen Schule überreichen konnte“, so Straubinger. Der Gratulation schließt sich der BLVN an: Anerkennung und weiterhin alles Gute und viel Erfolg!

Mehr unter: [www.blbs.de](http://www.blbs.de)

### Aus dem Landesvorstand

#### Schwerpunkthemen der Landesverbandsarbeit

### Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

- Bitte Termin vormerken: **BLVN-Delegiertenversammlung am Donnerstag, 15., und Freitag, 16. November 2018 in Soltau, Hotel Park Soltau**

- Die Vorbereitung der zweitägigen Delegiertenversammlung am 15. und 16. November 2018 in Soltau hat Fahrt aufgenommen. Erste organisatorische Schritte werden auf einer eintägigen Sondersitzung des Landesvorstandes in den nächsten Wochen vorbereitet. Dazu wird der „Fahrplan“ für die Vorbereitung der Veranstaltung gemäß Satzungsvorgaben festgelegt. Inhaltliche Absprachen werden ebenso folgen wie der Schulterschluss mit den Bezirksvorständen über den Hauptvorstand.

- Ein aktuelles Thema im Landesvorstand ist die Erarbeitung einer Position zum Thema Digitalisierung der Arbeitswelt unter dem Stichwort Industrie 4.0. Diese Zukunftsvision hat die berufsbildenden Schulen bereits in dem vom MK geförderten Projekt „BBS fit für 4.0“ erreicht und läuft an vier Standorten in Niedersachsen als Pilotprojekt „Smart Factory“. Die Ergebnisse werden Einfluss nehmen auf die weitere Ausrichtung und Ausstattung der BBS in diesem Bereich. Mit der Umsetzung werden unter Umständen gravierende Änderungen auf die Regionalen Kompetenzzentren zukommen und damit auch auf unsere Kolleginnen und Kollegen. Die digitale Vernetzung umfasst alle Bereiche des Berufslebens von der Angebotsabgabe über die Auftragsabwicklung mit Fertigung einschließlich der Rechnungslegung, um nur einige wesentliche Abschnitte zu nennen. Dabei ist die Kooperation beziehungsweise Vernetzung verschiedener bisher weitgehend getrennt betrachteter Berufsbereiche eine notwendige Voraussetzung. Der Hauptvorstand hat sich dazu auf der HV-Sitzung am 11. März 2017 mit diesem Thema als Themenschwerpunkt beschäftigt. Der Landesvorstand wird zusammen mit dem VLWN im Rahmen der Kooperation der Verbände dieses Thema in seiner Entwicklung verfolgen und im Sinne der Kolleginnen und Kollegen versuchen mitzugestalten. Der Berufsschultag in der BBS-MM am 30. März des Jahres hat dazu bereits erste Ansätze aufgezeigt.
  - Die Grundsatzkommission des BLVN hat auf einer ganztägigen Tagung am 17. Mai die Arbeit im Rahmen einer aktuellen Überprüfung unseres Grundsatzpapiers „Perspektiven beruflicher Bildung“ hinsichtlich der bildungspolitischen Entwicklungen und geänderter Eckdaten fortgesetzt. Themenbezogene aktuelle Ergänzungspapiere zu unserem Grundsatzprogramm werden zurzeit in drei Arbeitsgruppen erstellt und auf der nächsten ganztägigen Sitzung am 18. Oktober vorgestellt, diskutiert und abgestimmt.
  - Eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes überarbeitet und aktualisiert zurzeit die BLVN-Satzung mit dem Ziel der Vorlage zur Abstimmung auf der DV 2018. Die Arbeit ist bereits im fortgeschrittenen Stadium und wird nach Diskussion im Landesvorstand sowie Klärung inhaltlicher und rechtlicher Fragen dem Hauptvorstand voraussichtlich im Frühjahr 2018 vorgestellt werden.
  - Das neu gestaltete BLVN-Fortbildungsprogramm wird wie bereits berichtet gut angenommen und soll in den kommenden Jahren ausgebaut und von der Organisation her optimiert werden. Dazu gehört auch die dringende Anpassung und grundsätzliche Überarbeitung der Homepage des BLVN.
  - Weitere Verbandsthemen auf Landesebene sind unverändert unter anderem die Überarbeitung und Aktualisierung der Pflegeberufe und deren Inhalte, der Erhalt der berufsqualifizierenden Berufsfachschulen, das Recht auf Ausbildung, eine sinnvolle Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen, der Erhalt der bestehenden Studienseminare, die Möglichkeit von zukünftigen Doppelabschlüssen, die unbefriedigende Situation
- der Beförderungen auf allen Ebenen, die Lehrerarbeitszeit sowie die Leitungszeit, die unbefriedigende Situation der Tarifabschlüsse (zusammen mit dem NBB) und eine immer wieder aufgeschobene effektive und zukunftsorientierte DV-Administrationslösung. Diese Themen charakterisieren die Vielschichtigkeit unserer Verbandsarbeit zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler sowie unserer Kolleginnen und Kollegen an den Schulen.
- Die Situation der Lehrer/-innen für Fachpraxis ist ein wesentliches Thema in der Landesverbandsarbeit, für das der LV in Verbindung mit der AG der LfFP zurzeit nach Lösungsmöglichkeiten sucht. Die AG wird dazu Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten
  - Die Flüchtlingsproblematik, die mittlerweile die berufsbildenden Schulen voll erfasst hat, ist ein weiteres zentrales Thema, für deren Lösung wir uns zusammen mit dem VLWN verstärkt einsetzen.
  - Ebenso haben wir den auf die Berufsbildenden Schulen zukommenden Inklusionsgedanken im Auge und werden uns für schulformspezifische Regelungen einsetzen. Insbesondere in den aus unserer Sicht kritischen Bereichen der Fachpraxis in vielen Berufsfeldern wird der BLVN Forderungen für einen sicheren, sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch unseren Kolleginnen und Kollegen gerecht werdenden Unterrichtsalltag einbringen.
  - Die Inhalte zu den genannten Themen werden weitgehend auf den Kooperationsitzungen mit unserem Partnerverband VLWN vorbereitet beziehungsweise abgestimmt und von den Vorständen nach außen vertreten. Ziel ist es, die berufliche Bildung wegen ihrer zentralen Zukunftsbedeutung für unser Land nicht zu schwächen, sondern zukunftssicher den Anforderungen entsprechend aufzustellen.
  - Auf Landesebene sowie auch auf regionaler Ebene arbeiten unsere Vertreter unter anderem in AGs weiterhin zusammen mit allen Partnern der beruflichen Bildung an Lösungen für Fragestellungen der aktuellen Berufsbildungspolitik. Ein Beispiel ist die Mitwirkung des BLVN zusammen mit den anderen Lehrerverbänden über den NBB im Steuerkreis Bündnis Duale Berufsausbildung (BDB) für die zukünftige Entwicklung der dualen Berufsausbildung mit dem weiten Spektrum der Fragen von der Lehrerversorgung über die Berufseinstiegschule bis zur wohnortnahen Beschulung.
  - Die Ausbildung von Berufsschullehrern oder die Entwicklung von alternativen beziehungsweise innovativen Wegen zur Beschaffung von qualifiziertem Lehrpersonal an unseren Berufsbildenden Schulen ist ein wichtiges Anliegen des Landesvorstandes in Gesprächen mit dem MK. Dazu fordern wir unter anderem ein verstärktes Engagement der Landesregierung in Richtung der Hochschulen ein.

*Norbert Boese, BLVN-Landesvorstand*

## Notwendigkeit erkannt- Umsetzung blockiert

# Ausbildung von Lehrkräften für den Berufsbereich Sozialpädagogik

Das war schon eine interessante Schlagzeile im Rundblick vom 8. Juni 2017 „Kitas in Niedersachsen bekommen mehr Geld für Personal“. Einige Zeilen später kommt dann folgende Erkenntnis zutage: „Gefördert wird die Einstellung von Sozialpädagogen, Erziehern oder sozialpädagogischen Assistenten. „Hier ist der Arbeits-

markt derzeit eng. Kurzfristig ist qualifiziertes Fachpersonal nicht immer und überall zu finden“, sagt Heiligenstadt.“

Für den Verband ist das nicht neu. Seit einigen Jahren sind wir in Gesprächen mit Universitäten und den zuständigen Dezernenten,

um einen weiteren Standort für die Ausbildung von Lehrkräften für den Berufsbereich Sozialpädagogik im Nordwesten des Landes zu etablieren. Der Standort Lüneburg ist nicht hinreichend, da die zukünftigen Referendare und Referendarinnen nur allzu häufig ihre berufliche Zukunft in anderen Bundesländern suchen – darüber ist man im Kultusministerium informiert.

Für die Ausbildung von Fachpersonal in Kitas sind entsprechend ausgebildete Lehrkräfte notwendig. Wer diese Stellschraube über- sieht, braucht keine Erweiterung des Betreuungsangebotes vorzu- sehen. Er wird Eltern und Kindern und seinen eigenen Anforderungen an das Betreuungsangebot nicht gerecht werden können.

Die bislang bestehende Lösung der Qualifizierung von Lehrkräften über einen Quereinstieg ist für die betreuenden Lehrkräfte an den Schulen äußerst arbeitsintensiv, weil diese Personengruppe nicht über entsprechende berufspädagogische Kenntnisse verfügt. Die fehlende fachliche Qualifikation im zweiten Unterrichtsfach und in den Bildungswissenschaften können im verfügbaren Zeitrahmen nur bedingt nachträglich erworben werden, das macht den Weg fragwürdig.

Daneben ist die Zahl möglicher Quereinsteiger erheblich gesun- ken, weil mittlerweile kaum noch geeignete Bewerber zu Verfü- gung stehen, zum Beispiel weil vermehrt Einstellungen von Schul- sozialpädagogen durchgeführt wurden.

Außerdem wird die Anzahl der Pensionierungen in den nächsten Jahren ebenfalls eine nicht zu vernachlässigende Größe sein, wobei

zu berücksichtigen ist, dass ein erheblicher Teil der Lehrkräfte ei- nen vorzeitigen Ruhestand anstreben wird.

Wir plädieren deshalb ausdrücklich dafür, von der seit Neuestem bestehenden Möglichkeit eines Masteraufbaustudiums, das einen fachwissenschaftlichen Bachelorabschluss im berufsbezogenen Be- reich voraussetzt und weitere Studien in einem Unterrichtsfach und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik vorsieht, um einen entspre- chenden Abschluss für die weitere Ausbildung an einem Studiense- minar zu erlangen, Gebrauch zu machen.

Da bereits Erfahrungen in der Konzeption derartiger Studienange- bote vorliegen, ist der Aufwand überschaubar. Personelle Ressour- cen sind natürlich vorzusehen, diese könnten aufgrund der Tatsa- che, dass bereits entsprechende Studiengänge bestehen, gering gehalten werden.

Die Notwendigkeit zum Handeln wird sehr wohl erkannt, leider gilt dies aber nicht für alle zu beteiligende Ministerien gleicherma- ßen. Wenn Geld zur Verfügung gestellt wird, dann sind auch fi- nanzielle Ressourcen für die Ausbildung der Lehrkräfte in diesem Berufsbereich vorzusehen.

Wir halten den vorgeschlagenen Lösungsweg für eine pragmati- sche, natürlich nicht optimale Lösung – optimal ist für uns die grundständige Ausbildung, aber die Schulen brauchen relativ schnell Lehrkräfte und die Kitas ausgebildetes Fachpersonal.

*Gaby Droste-Kühling,  
stellvertretende Landesvorsitzende des BLVN*

## 25. Deutscher Berufsschultag in Radebeul

Der BLBS, in dem der BLVN Mitgliedsverband ist, hat am 4. Mai 2017 in Radebeul seine alle vier Jahre stattfindende Bun- desvertreterversammlung durchgeführt. Daran hat auch der BLVN-Landes- vorstand teilgenommen. Vom BLVN wurden Anträ- ge zu folgenden Themen eingebracht:

- Ausbildung von Berufs- schullehrern
- Lehrerbildung
- Berufsschullehrer- nachwuchs
- Lehrkräfte für Fachpraxis
- Beamtenstatus für Lehrkräfte
- Gesundheit und Pflege
- Betriebs- und wohn- ortnahe Beschulung
- Zertifizierung von beruflichen Schulen

Alle Anträge wurden von der Bundesvertreterversammlung ange- nommen. Bei den Wahlen zum Bundesvorstand des BLBS wurde un- ser Kollege aus Niedersachsen, Stefan Nowatschin, zum stellvertre- tenden Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Wir gratulieren ihm und wünschen ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit für die Berufsbilden- den Schulen in Deutschland.



Am 5. Mai 2017 schloss sich der öffentliche Teil des 25. Deutschen Berufsschultages unter dem Motto „Stark in die Zukunft – BLBS – Wir gestalten die Zukunft“ an. Die gut besuchte Veranstaltung bot neben einer Podiumsdiskussion zum Thema „Berufsschulen auf dem Abstell- gleis“ auch zehn Fachforen zu gegenwärtigen und zukünftigen Pro- blemen Berufsbildender Schulen.

*Newsletter, Nr. 104, Mai 2017*

# Wahlprüfsteine des BLVN und VLWN für die Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017

## 1. *Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Berufsbildenden Schulen werden von der Wirtschaft und der Politik stets betont. Die vielfältigen Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen, die bis zur Niveaustufe 6 beziehungsweise 7 des DQR reichen, sind eine gleichwertige, qualitativ hochwertige Alternative zur akademischen Berufsbildung. Wie bewerten Sie die aktuelle Relevanz der beruflichen Bildung und welche konkreten Maßnahmen werden Sie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes Niedersachsen in diesem Zusammenhang einleiten?*

**CDU** Die allgemeine und die berufliche Bildung sind aus Sicht der CDU gleichwertig. Das duale System der Ausbildung in den Unternehmen, Handwerksbetrieben und Berufsbildenden Schulen (BBS) ist für uns unverzichtbar – es ist das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland und Niedersachsen. Nur durch die herausragenden Leistungen, die das duale Ausbildungssystem erzielt, gelingt die Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Es ist daher unser Ziel, dieses System in enger Zusammenarbeit mit allen Akteuren der beruflichen Bildung weiterhin zukunftsfähig aufzustellen.

Die vielfältigen Herausforderungen im Bereich der beruflichen Bildung, unter anderem die Qualitätsverbesserung der beruflichen Bildung, die Sicherung der Ausbildung auch in der Fläche sowie die Fachkräftesicherung und ein besseres Management des Übergangs von der Schule in den Beruf, erfordern eine veränderte Organisationsstruktur mit mehr Kohärenz und Effizienz. Wir werden daher die Einrichtung eines Niedersächsischen Institutes für Berufliche Bildung (NIBB) auf den Weg bringen. Es soll die berufliche Orientierung der Allgemeinbildenden Schulen sowie alle Einrichtungen der beruflichen Bildung, Fort- und Weiterbildung unterstützen.

Mit dem SPRINT-Projekt beziehungsweise seinen Weiterentwicklungen steht den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen ein Instrument zur Verfügung, mit dem sie flexibel auf eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Integrations- und Sprachförderbedarf, wie zum Beispiel junge Flüchtlinge und Asylsuchende, reagieren können. Wir wollen das Projekt fortführen und gegebenenfalls fortentwickeln.

**SPD** Berufliche Bildung hat für uns einen besonders hohen Stellenwert, da sie junge Menschen für den Arbeitsmarkt qualifiziert und Zukunftschancen ermöglicht. Dies ist besonders in Zeiten des Fachkräftemangels auch von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung. Aufgrund der hohen Relevanz der beruflichen Bildung wollen wir auch in diesem Bereich die Gebührenfreiheit, beginnend mit den Sozial- und Gesundheitsberufen, umsetzen.



© Claüssa Hermann

**CDU** Die berufliche Bildung hat für uns eine hohe Relevanz. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, das Recht auf Ausbildung umzusetzen und den Fachkräftebedarf zu sichern.

**SPD** Die berufliche Bildung ist in Deutschland besonders erfolgreich und wichtig. Das hat kürzlich sogar die OECD anerkannt, die lange Zeit einer Akademisierung das Wort geredet hat. Wir als Freie Demokraten schätzen und fördern die berufliche Bildung aufgrund ihrer Praxisorientierung und der beruflichen Chancen, die sie ihren Absolventen ermöglicht. Die berufliche Bildung braucht sich hinter der akademischen nicht zu verstecken. Wir wollen die berufliche Bildung stärken, indem wir die Berufsbildenden Schulen mit mehr Ressourcen für Personal und technische Investitionen ausstatten – Stichwort Digitalisierung. Die Akademisierung von Berufsfeldern führt häufig nur zu deren Aufwertung auf dem Papier. Wir wollen stattdessen die tatsächliche Attraktivität der Ausbildungen und Berufsfelder verbessern. Die Attraktivität praxisorientierter Ausbildungen darf nicht länger dadurch gemindert werden, dass der Staat Berufsbildende Schulen unterfinanziert.

## 2. *Um die in Niedersachsen eingeschlagene Entwicklung der Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren beneiden uns viele Bundesländer. Wie stellen Sie sich die Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen als regionale Kompetenzzentren vor?*

**CDU** Die BBS sollen künftig stärker Teil des regionalen Wirtschaftsstandortes werden. Das bedeutet, die Wiederbelebung und die konsequente Umsetzung des ursprünglichen Gedankens aus dem Schulversuch „Projekt Berufsbildende Schulen als Regionale Kompetenzzentren“ (ProReKo). Zudem soll eine enge Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaftsförderung der Kommune dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Eine BBS darf in ihrem Einzugsbereich nicht an den kommunalen Grenzen des Schulträgers enden. Unser Ziel ist es, die duale Ausbildung weiter voranzubringen, um dem akuten Fachkräftemangel schneller zu begegnen.

**SPD** Wir setzen weiter auf die Eigenständigkeit, denn die BBSen sollen vor Ort ein starker und eigenständiger Partner von Wirtschaft und kommunalen Akteuren sein. Durch ein gezieltes Regionalmanagement wollen wir die Kooperation zwischen Schulträgern fördern.



Das Konzept der Berufsbildenden Schulen als regionale Kompetenzzentren hat sich in unseren Augen bewährt und soll kontinuierlich weiterentwickelt werden.



Wir Freie Demokraten wollen den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen die Chance geben, die nächsten Schritte auf dem Weg zur Eigenständigkeit zu gehen. Zunächst erhalten die Berufsbildenden Schulen die Kompetenz zur Einstellung von Lehrkräften zurück. Darüber hinaus erhalten die Schulen vor Ort auch mehr Kompetenzen für die Einstellung von Quereinsteigern, das bedeutet für die Schulleiter auch eine Stärkung der pädagogischen Verantwortung für die Schule. Visionär können wir uns auch eine Weiterentwicklung der Eigenständigkeit vorstellen analog zu Stiftungshochschulen.

### 3. *Die Unterrichtsversorgung an den niedersächsischen Berufsbildenden Schulen hat im Schuljahr 2016/2017 landesweit mit 88,1 Prozent einen historischen Tiefpunkt erreicht. Sie ist bei Betrachtung aller Schulformen deutlich am schlechtesten. Wie wollen Sie das Problem der mangelhaften Unterrichtsversorgung lösen?*

**CDU** Unser Ziel ist, die Unterrichtsversorgung auch an den Berufsbildenden Schulen flächendeckend deutlich zu verbessern. Die Stellenstreichungen an Berufsbildenden Schulen werden ab dem Schuljahr 2018/2019 umgehend zurückgenommen, der ursprüngliche ProReKo-Gedanke muss weitergeführt werden. Als Maßnahme gegen den Lehrermangel im WiMINT-Bereich (Wirtschaft, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) werden wir eine Fachlehrerprämie einführen, um Abiturientinnen und Abiturienten für ein lehramtsbezogenes Studium in WiMINT-Fächern zu gewinnen. Wir werden die Übernahme berufserfahrener Meisterinnen und Meister in Berufsbildende Schulen ermöglichen, um den Lehrermangel besonders im technischen Bereich zu bekämpfen. Sie müssen die notwendigen zusätzlichen Qualifikationen schnell erhalten, dies soll auch berufsbegleitend möglich sein. Außerdem werden wir das Anerkennungsverfahren für Quereinsteiger vereinfachen und so beschleunigen.



Wir werden die Offensive für Fachkräfte in der Pflege verstärken, die Lehrerbildung in den Mangelfächern forcieren, den Quereinstieg erleichtern sowie den NC bei Bedarfswächern im Übergang zum Masterstudium abschaffen.



Wir werden eine Fachkräfteinitiative starten, um den Lehrberuf an Berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger/-innen aus Handwerk und Industrie attraktiver zu machen. Mit dem landesweit abgestimmten Verfahren zum Stellenausgleich konnte die Zahl der unbesetzten Stellen bereits verringert werden. Es soll aber auch die Eigenverantwortlichkeit der regionalen Kompetenzzentren im Bereich der Stellenbesetzung erhalten bleiben.



Um die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen zu verbessern, sollen diese ihr Budget und ihre Stellen nicht mehr bemessen nach der schlechten Unterrichtsversorgung von rund 85 Prozent erhalten, sondern danach, was für eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung notwendig wäre. Dafür sollen die Budgets bis zur Erreichung des Ziels jährlich gesteigert werden. Dadurch erreichen wir zwar nicht auf einen Schlag mehr Lehrkräfte, aber mehr Flexibilität der Berufsbildenden Schulen bei der Stellenbewirtschaftung und eine ehrliche Finanzierung.

### 4. *Im Rahmen vom Bündnis duale Berufsausbildung ist eine dualisierte Berufsvorbereitung, verbunden mit der Zusammenführung von Berufsvorbereitungsjahr und Berufseinstiegsklasse, zu einer Schulform in der Diskussion. Die Diskussionsbreite geht von qualitativ verbessern bis hin zu abschaffen dieser Schulformen, um die Schüler direkt für die duale Ausbildung zu gewinnen. Welche Ziele und Intentionen verfolgen Sie mit diesen Schulformen und wollen Sie die Durchlässigkeit im Bildungswesen sicherstellen, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, die oft kritisierte mangelnde Berufsreife zu verbessern?*

**CDU** Das Übergangssystem muss künftig als Qualifizierungssystem noch stärker zur Verbesserung der Ausbildungsreife schwächerer und noch nicht abschließend orientierter Schülerinnen und Schüler beitragen.

Wir stehen hinter der Grundidee der Berufseinstiegsschule und werden diese Schulform ebenso wie laufende Schulversuche zur Weiterentwicklung evaluieren. Für Schülerinnen und Schüler, die im Allgemeinbildenden Schulsystem nicht den Anschluss finden, sind die Angebote in den Berufsbildenden Schulen mit einem hohen Praxisanteil häufig eine gute Chance für neue persönliche und berufliche Perspektiven.

Für die CDU in Niedersachsen hat die Ausbildung im dualen System von Betrieb und BBS klar Vorrang vor vollschulischen Ausbildungsformen. Es ist unser Ziel, möglichst viele junge Menschen über eine duale Berufsausbildung fit für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu machen und damit auch zu verdeutlichen, dass Ausbildungsberufe eine starke Alternative zu Abitur und Studium darstellen.

Wir werden mit einem Landesprogramm vernetzte Maßnahmen in kommunaler Trägerschaft in Zusammenarbeit mit Betrieben, Schulen und Berufsschulen fördern, um den Übergang zwischen Schulabschluss, Berufsorientierung und dem erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Unser Ziel ist es, hierfür auch Mittel der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter sowie EU-Mittel zu nutzen.

Wir werden die duale Ausbildung gemeinsam mit den Kammern weiterentwickeln, um mit Blick auf eine zunehmend internationalisierte und digitalisierte Arbeitswelt die Qualität der beruflichen Ausbildung auf hohem Niveau zu sichern. Mit den Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kammern, der Agentur für Arbeit und den freien Bildungsträgern entwickeln wir zudem ein System der nachhaltigen Fort- und Weiterbildung in den genannten Bereichen. So schaffen wir die Grundlage für eine weiterhin niedrige Arbeitslosigkeit.

Wir werden die wohn- und betriebsnahe Ausbildung und berufliche Beschulung sicherstellen. Dabei setzen wir auch auf zukunftsfähige digitale Unterrichtsmodelle.



Das Ziel muss sein, junge Menschen bestmöglich zur Ausbildungsreife zu führen. Dazu braucht es ein praxisorientiertes und arbeitsmarktnahes Bildungsangebot. Hierzu sollen BVJ und BEK zur Berufseinstiegsschule zusammengefasst werden.



Wir wollten die Schulformen BEK und BVJ in der Berufseinstiegsschule zusammenfassen, um mit einem praxisorientierten und arbeitsmarktnahen Bildungsangebot auch leistungsschwächeren Schülern/-innen einen erfolgreichen Berufseinstieg ermöglichen zu können. Durch stärkeren

Praxisbezug sollen Jugendliche ohne Hauptschulabschluss zur Ausbildungsreife gelangen und durch Kontakte zu Ausbildungsbetrieben leichter in die duale Berufsausbildung vermittelt werden können.



Wir Freie Demokraten wollen eine passgenaue Förderung für Jugendliche, die Unterstützung bei der Erlangung der Ausbildungsreife benötigen. Das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufseinstiegsklassen verfolgen dabei unterschiedliche Ziele. Das BVJ kann flexibler gestaltet werden und führt nicht notwendigerweise zu einem Hauptschulabschluss, auch wenn dies möglich ist. Zudem können sich Lehrkräfte besonders intensiv um kleine Gruppen von Schülerinnen und Schülern kümmern. Die BEK ist verschulter und stärker strukturiert. Wir halten beide Modelle für grundsätzlich bewährt. Die Spezialisierung wollen wir nicht ohne Grund aufgeben. Gerade in Situationen wie der Flüchtlingsbeschulung zeigen die beiden Schulformen ihren jeweiligen Wert. Wer es ehrlich meint mit der Eigenständigkeit der Berufsbildenden Schulen, bietet vonseiten der Politik eben verschiedene Elemente an, aus denen die Schule vor Ort für die Schüler und die Wirtschaft das beste Angebot bilden kann.

**5. Die Berufsorientierung und Studienorientierung soll junge Menschen befähigen, dass sie selbstbestimmt die richtige Berufswahl treffen können. Berufsbildende Schulen leisten dabei vielerorts einen großen Beitrag im Rahmen von ‚Region des Lernens‘. Durch die fehlende Verankerung der Berufs- und Studienorientierung in der BBS VO werden den Berufsbildenden Schulen das erforderliche Budget und den Lehrkräften die beförderungswirksamen Budgetstunden vorenthalten. Wie werden Sie die guten regionalen meist trilateralen Berufs- und Studienorientierungsmodelle in Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln und die Budgetzuweisung anpassen?**



Wir werden die schulische Berufsorientierung neu ausrichten. Die Schüler erhalten im Rahmen eines Berufsorientierungskonzeptes der Schulen einen breiten und tiefen Einblick in die praktische Berufswelt. Die fachgebundene Studienberechtigung wird durch eine duale Ausbildung abgesichert. Durch zusätzliche freiwillige Unterrichtsmodule zum Berufsschulunterricht wird es den Schülerinnen und Schülern im Rahmen eines Berufs-Abiturs ermöglicht, die Zugangsberechtigung für ein fachgebundenes Studium zu erhalten. So wird die duale Ausbildung zu einer attraktiven Alternative zum längeren Schulbesuch.



Wir setzen weiterhin auf ein regional umfangreiches Orientierungs- und Beratungsangebot durch abgestimmte Kooperationen von Berufsbildenden Schulen, Allgemeinbildenden Schulen und der Wirtschaft. Eine Budgeterweiterung ist zu prüfen.



Die Berufsorientierung soll in allen Schulformen der Sek I ausgebaut werden. Allgemeinbildende und Berufsbildende Schulen sollen dabei stärker zusammenarbeiten. Es soll eine koordinierte Beratungsstruktur aufgebaut werden.



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, durch eine frühzeitige Kompetenzfeststellung und Berufsorientierung die Fähigkeiten und Fertigkeiten der jungen Menschen zu identifizieren und zu stärken. Durch eine Zusammenarbeit der Allgemeinbildenden Schulen mit den Berufsbildenden Schulen soll aufgezeigt werden, dass sich der Weg in die berufliche Bildung lohnt. Insbesondere ab-

schlussgefährdete Schülerinnen und Schüler wollen wir durch die Möglichkeit von Praxistagen in Betrieben oder Berufsbildenden Schulen die Chance ermöglichen, ihren Schulabschluss doch noch durch praktische Motivation zu erreichen. Die Leistungen, die Berufsbildende Schulen an Allgemeinbildenden Schulen erbringen, müssen entsprechend vergütet werden. Sie dürfen nicht zu einer Verringerung des Budgets der Berufsbildenden Schulen für ihre Kernbereiche führen.

**6. Die Besoldungssituation in Niedersachsen ist desaströs. Experten haben einen Besoldungsrückstand von acht Prozent errechnet. Zudem gibt es noch immer kein Weihnachts- und Urlaubsgeld. Außerdem liegt Niedersachsen im Vergleich mit den anderen Bundesländern in der unteren Hälfte der Besoldung im Eingangssamt. Es können immer häufiger Stellen nicht besetzt werden, weil entsprechende Bewerber/-innen fehlen. Wie wollen Sie die Attraktivität des Lehrerberufes steigern?**



Wir wollen mehr junge, motivierte Lehrkräfte für Allgemein- und Berufsbildende Schulen gewinnen. Wir geben neuen Lehrkräften nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums in Niedersachsen eine Einstellungsgarantie. Zudem planen wir eine Profil-Offensive für den Lehrerberuf, insbesondere für die WiMINT-Fächer (Wirtschaft, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Dafür werden wir jährlich eine Million Euro einsetzen. Wir werden zudem Angebote zur Fort- und Weiterbildung ausbauen, insbesondere mit Blick auf den digitalen Wandel.



Wir werden die verschiedenen Besoldungsgruppen innerhalb der BBSen überprüfen mit dem Ziel einer gerechten Angleichung.



Wir werden selbstverständlich im Auge behalten, ob die Besoldung der Lehrkräfte und der übrigen pädagogischen Fachkräfte in den Schulen angemessen und konkurrenzfähig ist. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet.



Der Wettbewerb der Bundesländer um Lehrkräfte hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen an den Lehrerberuf deutlich erhöht. Für uns steht daher außer Frage, dass der Besoldungsrückstand in Niedersachsen abgebaut werden muss.



**7. Der Lehrerberuf ist einer der Berufe mit der größten psychischen Belastung (Schaarschmidt-Studie). Lehrkräfte leiden zum Beispiel häufiger als der durchschnittliche Arbeitnehmer unter Beschwerden, die auch für depressive Störungen und Burn-out charakteristisch sind. Die Gesundheit der Lehrkräfte wirkt sich maßgeblich auf die Unterrichtsqualität und den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler aus. Welche konkreten Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der Arbeitsfähigkeit der Lehrkräfte (in den verschiedenen Altersgruppen) wollen Sie einleiten und umsetzen?**



Wir sind uns der Belastungen, die der Lehrerberuf mit sich bringt, bewusst. Daher wird eine Entlastung der Lehrkräfte über 55 Jahren zum Schuljahr 2018/2019 erfolgen. Zudem werden Lehrkräfte durch einen verstärkten Einsatz von Schulsozialarbeitern und anderem zusätzlichem Personal in

den Schulen von nicht pädagogischen Aufgaben entlastet. Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz nehmen aus unterschiedlichen Gründen zu. Alle Altersgruppen sind betroffen. Da gerade kleine und mittlere Unternehmen – aber auch Bildungseinrichtungen – nicht die erforderlichen Ressourcen haben, werden wir im Rahmen der Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz ambulante psychosoziale Angebote fördern.

Wir werden über eine Internetplattform Unternehmen in Mittelstand und Handwerk sowie Bildungseinrichtungen über aktuelle Studien zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz informieren und so die Erprobung neuer innerbetrieblicher Präventionsmaßnahmen erleichtern. Das Angebot wird an die bestehenden Maßnahmen für Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement in Schulen und Studienseminaren anknüpfen ([www.arbeitsschutz-schulen-nds.de](http://www.arbeitsschutz-schulen-nds.de)).



Entlastung der Lehrkräfte von unnötigem Verwaltungsaufwand, Unterstützung durch pädagogisches Fachpersonal, Ausbau der Schulsozialarbeit, Unterricht in multiprofessionellen Teams.



Gute Schule geht nur bei guten Arbeitsbedingungen, auch für die Lehrerinnen und Lehrern. Uns ist bewusst, dass die Lehrkräfte hohen Belastungen ausgesetzt sind. Wir haben deshalb begrüßt, dass die Landesregierung zur Ermittlung von Belastungen eine Onlinebefragung durchgeführt hat. Wir setzen uns dafür ein, dass aus der Auswertung dieser Befragung weitere Konsequenzen gezogen werden. Wir werden einen kontinuierlichen Prozess zur Analyse und Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule einleiten, um Belastungen zu verringern und die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen.



Wir wollen den Lehrkräften aller Schulen den Rücken stärken, sie von Bürokratie entlasten, ihre Arbeit wertschätzen und ihnen durch kleinere Lerngruppen die Chance geben, sich individueller den Schülerinnen und Schülern zuwenden zu können. Wir Freie Demokraten wollen Schulsozialarbeit an allen Schulen in Niedersachsen. Schulsozialarbeit entlastet auch die Lehrkräfte. Wir wollen die Altersermäßigung wieder auf dem alten Stand einführen und gemeinsam mit den Verbänden Maßnahmen entwickeln, um der steigenden Zahl der Frührentierungen zu entgegenen.

**8. *Berufsanfänger im Schuldienst müssen verstärkt betreut und entlastet werden. Die Rahmenbedingungen für Quereinsteiger, die berufsbegleitend Wirtschafts- und Berufspädagogik sowie ein Unterrichtsfach nachstudieren müssen, werden von Bewerbern als sehr belastend empfunden. Die Kolleginnen und Kollegen an Berufsbildenden Schulen sind mit der Betreuung von Berufsanfängern und Quereinsteigern vermehrt gefordert. Die Anzahl der Quereinsteiger steigt, die Belastung dadurch ebenso. Daher werden zusätzliche Ressourcen in Form von „Topfstunden“ zur Entlastung der die Quereinsteiger betreuenden Mentoren benötigt. Wie wollen Sie unsere Kolleginnen und Kollegen (Mentoren, Berufs- und Quereinsteiger) entlasten und was planen Sie, um den Berufseinstieg für die dringend benötigten Anfänger und Quereinsteiger attraktiver zu gestalten?***

**CDU** Praktiker als Quereinsteiger in den Lehrerberuf sind eine Bereicherung für unsere Schulen. Daher werden wir die Übernahme berufserfahrener Meisterinnen und Meister

in Berufsbildenden Schulen ermöglichen, um den Lehrermangel besonders im technischen Bereich zu bekämpfen. Sie müssen die notwendigen zusätzlichen Qualifikationen schnell erhalten, dies soll auch berufsbegleitend möglich sein. Außerdem werden wir das Anerkennungsverfahren für Quereinsteiger vereinfachen und so beschleunigen.

Lehrkräfte sollen künftig regelmäßig geschult und fortgebildet werden. Für Lehrkräfte und für Schulleiterinnen und Schulleiter wird eine kontinuierliche und verpflichtende Fortbildung zu Themen der Unterrichts- und Schulqualität eingeführt.

Wir werden die niedersächsischen Studienstandorte für die Lehrämter zukunftsfähig aufstellen. Die lehrerbildenden Hochschulen müssen ebenso wie die Studienseminare darauf ausgelegt sein, notwendige Kapazitätsveränderungen bei den Lehramtsstudienplätzen und im Vorbereitungsdienst zum Beispiel aufgrund veränderter Schülerzahlprognosen abzufedern.



Wir wollen den Quereinstieg unbürokratischer gestalten; der Wegfall eines Zweifaches wird geprüft. Die Berufsschullehrerausbildung soll konzeptionell weiterentwickelt werden und Zugangsmöglichkeiten zur Lehrtätigkeit an BBSen insgesamt verbessert werden. Entsprechende Anrechnungstunden zur Betreuung von Mentoren sind zur Verfügung zu stellen. Die Höhe der Anrechnungstunden soll sich am Bedarf orientieren.



Wir setzen uns dafür ein, dass Berufs- und Quereinsteiger/-innen und ihre Mentoren/-innen entlastet werden können. Wir setzen darauf, dass hierfür auch die Expertenkommission Lehrerarbeitszeit Empfehlungen abgeben wird.



Wir werden Berufs- und Quereinsteiger dadurch entlasten, dass wir ihre Unterrichtsstunden reduzieren. Dadurch können sie besser an den Schulen Fuß fassen. Insbesondere für Quereinsteiger ist dies wichtig, damit sie ihre Didaktik und Methodik auch jenseits des Unterrichts stärken können. Auch die Unterstützung, die Mentoren leisten, muss entsprechend berücksichtigt werden. Die Fortbildung für die Lehrkräfte wollen wir, insbesondere im Bereich des E-Learnings, ausbauen. Dafür sollen Fortbildungsangebote in die niedersächsische Bildungscloud eingebettet werden.

**9. *Das Problem der Belastung unserer Lehrkräfte verschärft sich mit steigendem Lebensalter. Dafür gab es in der Vergangenheit eine Altersermäßigung von einer Unterrichtsstunde ab dem 55. Lebensjahr und eine weitere Unterrichtsstunde ab dem 60. Lebensjahr. Auf die versprochene Kompensation der nicht mehr gewährten Altersermäßigung warten wir bis heute. Die Altersteilzeitmodelle sind sukzessive für unsere Kolleginnen und Kollegen immer unattraktiver geworden. Werden Sie die Altersermäßigungen mit 55 und 60 Lebensjahren beziehungsweise attraktivere Arbeitszeitmodelle wieder einführen?***



Wir werden in Abstimmung mit den Bildungsverbänden und Gewerkschaften die Lehrerarbeitszeit erheben, um Klarheit über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unserer Lehrkräfte zu erhalten. Die bereits vorhandenen Studien und Erhebungen bilden hierfür eine wichtige Grundlage und sollen berücksichtigt werden. Auf dieser wissenschaftlichen Basis wollen wir weitere notwendige Entlastungen von Lehrkräften gemeinsam mit den Bil-

dungsverbänden und Gewerkschaften diskutieren. Eine Entlastung von Lehrkräften über 55 Jahren wird ungeachtet dieser Studien zum Schuljahr 2018/2019 erfolgen.



Die Altersteilzeitmodelle sollen mit dem Ziel eines guten Übergangs in den Ruhestand aufgewertet werden.



Wir setzen uns dafür ein, die Regelungen zur Altersermäßigung weiter zu verbessern. Bereits im Jahr 2014 hat die rot-grüne Koalition die Regelungen zur Altersteilzeit verbessert.



Wir wollen die Altersermäßigung für Lehrkräfte wieder einführen. Wenn Lehrerinnen und Lehrer ab 60 zwei Stunden weniger arbeiten, dadurch aber nicht in Frühpension gehen, entlasten wir die Lehrkräfte und gewinnen gleichzeitig ein Vielfaches an Unterrichtsstunden in der Woche.

## 10. *Mit der Bologna-Reform sind die Diplomprüfungen zugunsten von Bachelor- und Masterstudiengängen abgeschafft worden. Die ohnehin geringe Zahl an Lehramtsstudenten wird durch Restriktionen beim Übergang vom Bachelor zum Master zusätzlich abgeschreckt. Was wollen Sie einleiten und umsetzen, sodass Bachelorstudierende der Wirtschaftspädagogik auch einen Masterstudienplatz bekommen?*



Es ist unser Ziel, Schulfächer mit Wirtschaftsbezug zu stärken. In diesem Zusammenhang muss auch die Ausbildung von Lehrkräften mit den entsprechenden Qualifikationen gestärkt werden. Daher werden wir prüfen, ob eine Kapazitätsanpassung im Bereich der Wirtschaftspädagogik erforderlich ist, und diese gegebenenfalls veranlassen.



Bei Bedarfswächern werden wir im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium den Numerus clausus abschaffen.



Generell halten wir einen Automatismus für einen Masterzugang bei Abschluss eines Bachelorstudiums nicht für sinnvoll. Dies gilt auch für den Bereich der Wirtschaftspädagogik. Ein genereller Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz wäre nur leistbar, wenn die Hochschulen vom ersten bis zum fünften Studienjahr „durchplanen“ könnten. Umgekehrt müssten alle Studierenden den Master auch dort und in dem „Fach“ ihres Bachelors machen. Das widerspricht in den meisten Fachbereichen der hohen Spezialisierung, die vor allem im Masterbereich sinnvollerweise stattgefunden hat. Die Zugangsbeschränkung, nach der eine „besondere Eignung“ für einen Zugang zum Master vorausgesetzt wurde, ist mit der NHG-Novelle gefallen. Masterstudiengänge sind im Lehramt bis auf wenige Ausnahmen nicht mit NC belegt. Das bedeutet, dass 99 Prozent der Absolventen mit einem qualifizierenden Bachelorabschluss auch einen Masterstudienplatz im Lehramt erhalten.



Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, kleinere Klassen und die Inklusion sorgen für einen erhöhten Lehrbedarf. Wir Freie Demokraten fordern eine vorausschauende Personalplanung für die niedersächsischen Schulen. Schon heute lässt sich der Bedarf an Lehrkräften in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren prognostizieren. Wir wollen, dass die niedersächsischen Hochschulen genügend Studienkapazitäten nach Lehramts- und Fächerbedarf vorhalten, damit an den Hochschulen in Niedersachsen mindestens der Lehrbedarf für Niedersachsen ausgebildet wird.

## 11. *Berufsbildende Schulen verfügen über ein Fortbildungsbudget und sind für ihre fachlichen Fortbildungen selbst verantwortlich. Methodische und didaktische Fortbildungen werden für die Allgemeinbildenden Schulen über sechs Fortbildungszentren organisiert und angeboten. Berufsbildner werden zu diesen Fortbildungen nicht zugelassen. Die speziellen, besonderen und vielfältigen Fortbildungsbedarfe der berufsbildenden Lehrkräften werden aber nur im geringen Umfang bis gar nicht abgedeckt. Ein Fortbildungszentrum für die Belange der Berufsbildenden Schule ist daher dringend notwendig. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie einleiten und umsetzen, sodass die Lehrkräfte den künftigen pädagogischen und fachlichen Anforderungen gerecht werden?*



Die CDU wird die Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte in Niedersachsen grundsätzlich neu ausrichten und dabei sich ändernde Herausforderungen und Rahmenbedingungen angemessen berücksichtigen. Dabei werden wir auch erörtern, wie Fort- und Weiterbildungsangebote sinnvoll für Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen geöffnet werden können.

Es wird auch zu diskutieren sein, welche Rolle dem zu gründenden Niedersächsischen Institut für Berufliche Bildung (NIBB) bei der Koordinierung der Angebote in Zukunft zukommt.



Wir sehen den Bedarf für ein Fortbildungszentrum speziell im Bereich der Berufspädagogik. Wir investieren in Fortbildung mit dem Ziel, das Angebot an den BBSen dem veränderten Bedarf anzupassen.



Wir wollen die Fortbildungs- und Beratungsangebote generell so weiterentwickeln, dass sie den Bedarfen der Schulen besser gerecht werden. Dabei müssen selbstverständlich auch die Berufsbildenden Schulen berücksichtigt werden. Konkrete Maßnahmen müssen im Dialog mit allen Beteiligten entwickelt werden.



Wir werden sicherstellen, dass ausreichend Angebote für die Fortbildung von Lehrkräften der Berufsbildenden Schulen bestehen. Wir werden prüfen, ob dies am besten durch eine Öffnung der Fortbildungszentren für Allgemeinbildende Schulen, parallele Strukturen für Berufsbildende Schulen oder externe Anbieter gelingen kann.

## 12. *Inklusion ist in Niedersachsen eines der aktuell zentralen Themen in den Kollegien der Schulen. Es werden zwar personelle und sächliche Ressourcen eingesetzt. Zur erfolgreichen Umsetzung der Inklusion ist aber auch ein vermehrter Beratungs- und Unterstützungsbedarf erforderlich. Die Berufsbildenden Schulen werden in der allgemeinen Diskussion und bei der Verteilung der Ressourcen fast gänzlich ausgeklammert beziehungsweise einfach vergessen. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie innerhalb der nächsten (zwei) Jahre einleiten und umsetzen, sodass Lehrerinnen und Lehrer (inklusive Vorbereitungsdiens) für die Anforderungen der Inklusion angemessen qualifiziert werden?*



Wir werden mit Experten und den Beteiligten beraten und entscheiden, wie wir mit den vorhandenen Ressourcen umgehen und wie das sich immer stärker abzeichnende Fehlen von Förderschullehrkräften an unseren Schulen gelöst werden kann.

Mit uns wird es weiterhin Förderschulen für alle Formen ohne Einschränkungen geben. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Auflösung der Förderschulen, insbesondere im Sekundarbereich I des Schwerpunktes Lernen, umgehend, spätestens aber zum neuen Schuljahr 2018/2019 beenden. Neben der inklusiven Schule werden weiterhin spezialisierte Förderschulen bestehen, einschließlich eines Angebotes im Bereich des Schwerpunktes Lernen.

Die Förderschulen Sprache werden als eigene Förderschulform wieder in das Niedersächsische Schulgesetz aufgenommen. Damit werden wir die echte Wahlfreiheit für Eltern und schulpflichtige Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf wiederherstellen und dem Kindeswohl den gebührenden Platz einräumen.

Der Einsatz von Integrationshelfern, die einzelne Schülerinnen und Schüler in Schulklassen begleiten, muss sinnvoll gesteuert werden. Mit einer neuen Konzeption stellen wir dieses Modell auf eine zukunftsfähige Basis.

Wir wollen Berufsbildende Schulen zu inklusiven Schulen ausbauen und ihnen ein vergleichbares Unterstützungssystem wie den Allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung stellen.

Das von der jetzigen Landesregierung entworfene Modell Regionaler Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusion (RZI) wird beendet. Sie sind reine Verwaltungseinheiten ohne Unterricht und ohne Schülerinnen und Schüler und Teil der Niedersächsischen Landesschulbehörde. Wir werden möglichst vielen Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglichen, Förderzentren zu Förderschulzentren weiterzuentwickeln. Damit werden wir ein gut erreichbares Regionalnetz von bis zu 150 Förderschulzentren im Land aufbauen. Sie vereinigen alle Förderschwerpunkte unter einem Dach. Sie bieten allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig vom Förderschwerpunkt, als Schule einen geschützten Raum und sorgen als multiprofessionelles Zentrum für guten Förderschulunterricht und für hochwertige Unterstützung in allen Schulen. Die Förderschulzentren arbeiten eng mit den Allgemeinbildenden Schulen und den Berufsbildenden Schulen zusammen. Ortsnah bieten sie den Schulträgern Grundlage für eine verlässliche Schulentwicklungsplanung, die sich den Strukturen vor Ort anpasst und die erforderliche optimale Vernetzung aller am Erziehungsprozess des Kindes beteiligten Personen garantiert. Die Einbeziehung der Jugend- und Sozialämter ist dabei unerlässlich.



Die Berufsbildenden Schulen wollen wir stärker bei der Umsetzung der Inklusion unterstützen zum Beispiel durch Förderung von Modellprojekten, den Ausbau von Beratungsangeboten sowie durch Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Erweiterung der Studieninhalte. Darüber hinaus wollen wir auch die BBSen perspektivisch mit pädagogischem Fachpersonal zur Umsetzung der Inklusion ausstatten.



Die Anforderungen der Inklusion müssen auch in der Ausbildung für das Lehramt an Berufsschulen verbindlich berücksichtigt werden. Das Beratungs- und Unterstützungssystem soll auch im Hinblick auf die Anforderungen der Inklusion weiterentwickelt werden. Derzeit wird ein Netz von Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule (RZI) aufgebaut. Ihre Aufgabe soll auch sein, die berufsbildenden Schulen zu unterstützen.



Die Inklusion an Berufsbildenden Schulen werden wir stärker personell unterstützen. Auch Berufsbildende Schulen brauchen zusätzliche Ressourcen für den Einsatz von Sonderpädagogen. Wir streben eine Modularisierung der Ausbildung in bestimmten Berufsbildern an. So ermöglichen wir auch leistungsschwächeren Jugendlichen eine Teilqualifizierung auf Basis der vorhandenen und verstärkt zu fördernden Ressourcen, und geben die Perspektive, die Ausbildung mit weiterführenden Modulen zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen. Die einheitliche gesetzgeberische Festlegung für eine Mindestausbildungsdauer lehnen wir ab. Ob zwei, drei vier oder fünf Jahre – die Ausbildungsdauer muss von den Ausbildungsinhalten sowie den Anforderungen der Unternehmen in den unterschiedlichen Branchen abhängen.

### **13. Digitalisierung 4.0 ist die Herausforderung für die berufliche Bildung in den nächsten Jahren. Den Berufsbildenden Schulen als Schnittstelle am Übergang von den Allgemeinbildenden Schulen zum Berufsleben kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Im Doppelhaushalt des Landes kommt das Wort „Digitalisierung“ nicht vor. Digitale Schule erfordert die lange versprochene Breitbandanbindung und „WLAN für Alle“. Außerdem ist eine Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die Nutzungssicherheit durch geeignete Systemadministration sowie digitales und rechtssicheres Unterrichtsmaterial für die Zukunftsfähigkeit der Schülerschaft ebenso notwendig, wie die fachlich und methodisch-didaktisch fortgebildete Lehrerschaft. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie einleiten und umsetzen, um der digitalen Transformation in der Schule gerecht zu werden, und wie wird die Thematik Industrie 4.0 darin berücksichtigt?**



Es ist davon auszugehen, dass die „Initiative DigitalPakt#D“ des Bundes innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einer erheblichen Verbesserung der digitalen Infrastruktur aller Schulen in Niedersachsen führen wird.

Aber auch das Land muss seinen Teil dazu beitragen, dass Niedersachsen digitales Bildungsfortschrittsland werden kann. Damit Niedersachsen Gigabit-Land wird, werden wir bis 2022 eine 1-Gigabyte-Strategie umsetzen. Das heißt: Highspeed-Internet für alle. Für den Breitbandausbau mit Glasfaser werden wir in der kommenden Wahlperiode eine Milliarde Euro Landesmittel zur Ergänzung des Bundesförderprogramms bereitstellen. Bis 2022 werden keine weißen Flecken mehr auf dem Breitbandatlas Niedersachsen zu erkennen sein.

Darüber hinaus werden wir eine Digitaloffensive für Niedersachsens Schulen auf den Weg bringen: Das Land und die Schulträger werden gemeinsam die notwendige Infrastruktur für einen Gigabit-Anschluss an allen Schulen schaffen. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir zudem Modellprojekte zur digitalen Bildung in den Berufsschulen in Kooperation mit den Betrieben vor Ort auflegen.

Wir werden ein verlässliches WLAN-Netz an allen Allgemein- und Berufsbildenden Schulen bereitstellen. Wir werden die bisher nur modellhaft an wenigen Schulen eingesetzte niedersächsische Bildungscloud flächendeckend bereitstellen. Service, Inhalte, Konzepte und notwendige Daten werden in der Bildungscloud den Schulen zur Verfügung gestellt.

Um die Digitalisierung im Unterricht erfolgreich umzusetzen, braucht es aktuelles, schnell verfügbares digitales

Unterrichtsmaterial. Mit einer Fortbildungsinitiative sollen innerhalb von fünf Jahren alle Lehrkräfte mit digitalen Medien unterrichten können. Wir werden dafür einen verbindlichen Fortbildungsstandard entwickeln und diesen fortlaufend evaluieren und aktualisieren. Dabei ist die Technik nur ein Werkzeug. Die Kerncurricula müssen den Entwicklungen in der Digitalisierung angepasst werden.

Mit einer Informatikoffensive werden wir stufenweise ab 2020 an allen Schulformen ab dem 5. Schuljahrgang Informatikunterricht als Pflichtfach einführen. An den Grundschulen soll es diese Möglichkeiten ebenfalls geben. Um dieses Ziel zu erreichen, geben wir jedem Informatiklehrer, der in Deutschland sein Studium erfolgreich abgeschlossen hat, eine Einstellungsgarantie in Niedersachsen.

Mit einer „Log-In-Offensive“ werden wir in den nächsten fünf Jahren erreichen, dass Schülerinnen und Schüler spätestens ab Klasse 4 im Unterricht mit Laptop oder Tablet arbeiten können. Den Unterricht durch digitale Medien werden wir evaluieren und darauf aufbauend gegebenenfalls anpassen. Hierfür können sie ihre eigenen Geräte nutzen, sofern diese den notwendigen Grundanforderungen entsprechen. Alternativ werden die Geräte durch die Schule gestellt, die Kosten trägt das Land. Die Zeit zwischen den Zeugnisbesprechungen und der Zeugnisvergabe wird künftig an den weiterführenden Schulen verpflichtend zur Berufsorientierung und zur Studien- und Berufsvorbereitung genutzt.

Die Koordinierungsstelle Berufsorientierung werden wir weiter auszubauen und an Gymnasien neben der systematischen Berufsberatung auch eine Studienberatung einführen. Alle weiterführenden Schulen sollen verstärkt und enger mit beruflichen Schulen, der regionalen Wirtschaft und den Kammern der jeweiligen Region zusammenarbeiten, um den Übergang in die Berufspraxis zu erleichtern. Im Rahmen dieser Berufsorientierung werden wir darauf Wert legen, dass Schülerinnen einen Einblick in technische und naturwissenschaftliche Berufsbilder gewinnen.

Die Berufsorientierung an den Allgemeinbildenden Schulen wird regional künftig besser durch die Expertise der regionalen BBS unterstützt. Sie stellen regelmäßig das Ausbildungsangebot in allen Schulen ihres regionalen Einzugsbereiches vor. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Angeboten der dualen Ausbildung. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Herausforderung der Digitalisierung in der Wirtschaft in gebührender Form berücksichtigen.

Die digitale Transformation wird dabei in vielen Bereichen grundsätzliche Fragen aufwerfen, bei denen die Wissenschaft einen wichtigen Beitrag leisten kann. Hierzu werden wir einen digitalen Forschungscampus Niedersachsen schaffen. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, wird der Vernetzungsgedanke vorhandener Angebote im Vordergrund stehen. Dieser soll mit 20 Digitalisierungsprofessuren ausgestattet werden und bei der Entwicklung digitaler Strategien in Forschung und Lehre interdisziplinär und anwendungsnah forschen. Die Expertise von Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen sowie Unternehmen muss dabei stärker als bislang miteinander verbunden werden. Die Forschung soll unter anderem die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz von Digitalisierung in den Blick nehmen und Themen wie Datenschutz und Privatsphäre der Nutzer angemessen berücksichtigen. Zu den Aufgaben des Forschungszentrums gehört es auch, die Forschung an den einzelnen Hochschulen miteinander zu vernetzen. Wir setzen uns deshalb für den Auf- und Ausbau

eines digitalen niedersächsischen Hochschulnetzes, angebunden an die Bildungscloud, ein.



Wir haben dafür gesorgt, dass die Schulen mit Systemadministratoren ausgestattet werden. Wir wollen die Schulträger bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten unterstützen und halten BYOD für ein adäquates Konzept. Wir wollen die Digitaloffensive für die Schule 4.0 und den Breitbandausbau flächendeckend vorantreiben. Die Digitalisierung ist ein wichtiger Aspekt, den wir in der beruflichen Bildung auch inhaltlich weiter forcieren wollen.



Wir werden die Kommunen weiter dabei unterstützen, die Schulen für eine Nutzung der digitalen Medien auszustatten. Nachdem die rot-grüne Koalition die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat, dass die Netze auch in kommunaler Hand betrieben werden können, kommt endlich Bewegung in den Breitbandausbau. Wir Grünen wollen aber auch mehr finanzielle Förderung aus Bund und Land für jene Kommunen, die sich dieser komplexen Aufgabe annehmen und die großen Monopolisten durch eigene Initiativen als Betreiber von eigenen Netzen herausfordern.



Wir Freie Demokraten fordern, dass die Schulen in die Lage versetzt werden, mit der Zeit zu gehen und die vielfältigen Möglichkeiten der Digitalisierung einschließlich der Industrie 4.0 für die Steigerung der Unterrichtsqualität zu nutzen. Dabei beschränkt sich Digitalisierung nicht nur auf die Anschaffung interaktiver Tafeln; vielmehr kann verschiedene Lernsoftware genutzt werden, um starre Unterrichtsformen aufzubrechen und das Lernen individueller und passgenauer auf jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler auszurichten. Wir unterstützen das Projekt der niedersächsischen Bildungscloud und wollen mit einer stärkeren Unterstützung der Landesinitiative n-21 den Aufbau beschleunigen. Wir fordern die Ergänzung der Bildungscloud um Angebote der Lehrerfortbildung und um die Verwaltungssoftware für die Schulen. Damit die Schulen, die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler aber überhaupt mit der Bildungscloud arbeiten können, wollen wir mit einem Landesprogramm ergänzen um die Digitalisierungsinitiative des Bundes jede Schule in Niedersachsen mit einem Breitbandanschluss und WLAN ausstatten. Dadurch wird es ermöglicht, dass die Schülerinnen und Schüler mit ihren eigenen Smartphones oder Tablets auf die Bildungscloud zugreifen können und das Land nicht selbst alle Jahre wieder neueste Endgerätekäufe einkaufen muss. Schülerinnen und Schülern, die selbst kein geeignetes mobiles Endgerät besitzen, wird ein entsprechendes Gerät von der Schule gestellt. Mit der Cloudlösung entfallen mittelfristig die zeitaufwendigen administrativen Aufgaben an den Servern der Schulen, die in der Regel durch Lehrkräfte zusätzlich zum Unterricht wahrgenommen werden müssen.

**14.** *Im Kanon der Kompetenzen des KMK-Papiers „Bildung in der digitalen Welt“ wird der Kommunikationsfähigkeit und der Fähigkeit, Netzwerke aufzubauen und zu pflegen, eine große Bedeutung beigemessen. Auch das „Kollaborative Arbeiten“ in multinationalen Teams wird von den Schülerinnen und Schülern erwartet. Welche Ausbildungsbestandteile sind für die Zukunft wichtig, um internationale Kompetenzen in der Schülerschaft zu fördern, und welche Maßnahmen werden Sie dafür einleiten und umsetzen?*

**CDU** Die Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen sind Vorreiter im Bereich der Vernetzung mit externen Partnern. Sie haben es bereits früh als ihre Aufgabe angenommen, junge Menschen auf die Digitalisierungstendenzen der Arbeitswelt und die Wirtschaft beziehungsweise Industrie 4.0 vorzubereiten. Auch die Zusammenarbeit mit Partnern im Ausland ist für viele BBS gelebter Alltag. Mithilfe digitaler Lernmittel und neuer Technologien rücken internationale Partner noch näher heran. Das Bildungsziel der CDU ist die Bereitschaft und Fähigkeit zu selbstbestimmtem Denken und Handeln in einer digitalisierten Welt.

Digitale Bildung heißt, dass die Grundlagen der digitalen Welt in der Schule gelehrt werden. Dabei gilt: Neue Technologien müssen mit der Unterrichtsdidaktik und mit den Unterrichtszielen in Einklang gebracht werden. Die Lehrpläne aller Schulformen sind kontinuierlich an die Entwicklungen der Digitalisierung anzupassen. Zu den Grundbedingungen gelingender Internationalisierung zählt für uns auch, dass weiterhin vertiefte Fremdsprachenkenntnisse vermittelt werden. Das gilt insbesondere auch für die gymnasiale Oberstufe.

**SPD** Interkulturelle Kompetenz ist eine wichtige Qualifikation in der globalisierten Welt. Wir wollen Schüleraustausche intensivieren und unterstützen und fördern die Zusammenarbeit mit Partnerschulen im inner- und außereuropäischen Ausland.

 Im Mittelpunkt steht für uns, die Medienbildung in Bezug auf die Digitalisierung weiterzuentwickeln, um den Schülern/-innen einen kritischen und kreativen Umgang mit den digitalen Medien zu vermitteln. Hierfür sind die Curricula der Schulfächer entsprechend anzupassen und die Lehrkräfte in der Aus- und Fortbildung zu qualifizieren.

Digitalisierung soll auch als Chance genutzt werden, die Lehr- und Lernprozesse in der Schule so weiterzuentwickeln, dass die Lernenden zunehmend mehr Verantwortung für die Planung und Gestaltung der persönlichen Lernziele und Lernwege übernehmen können.

 Das Tempo der Innovationen wird immer höher. Damit die Auszubildenden den Anschluss behalten können, werden wir dafür sorgen, dass die Berufsschulen technologisch auf dem neuesten Stand sind. Arbeit im Team wird zunehmend technologisch unterstützt, beispielsweise durch Cloudlösungen, Videotelefonie und Prozessmanagementsoftware. Diese Instrumente sollen Auszubildende lernen. Da die Lösungen selbst rasch Upgrades erfahren oder durch bessere Lösungen ersetzt werden, wollen wir keine starren Vorgaben machen, sondern den Schulen ermöglichen, flexibel auf die aktuellen Möglichkeiten einzugehen. Für internationale Kooperationen sind zudem insbesondere Englischkenntnisse, aber auch andere Fremdsprachenkenntnisse nötig. Diese wollen wir fördern.

**15.** *Die Zuständigkeit für die duale Berufsausbildung im berufsbildenden Bereich liegt beim Bund. Das „Kooperationsverbot“ verbietet Investitionen des Bundes für die Förderung der beruflichen Bildung an den Berufsbildenden Schulen. Im Rahmen von Digitalisierung, die als eine bundesweite innovative Herausforderung zu sehen ist, wären aber genau solche Förderungen sinnvoll, um den Entwicklungsprozess zu beschleunigen. Wie beurteilen Sie eine Lockerung des Kooperationsverbots für die berufliche Bildung an den Berufsbildenden Schulen?*

**CDU** Die digitale Transformation erhöht den Finanzbedarf der Bildungseinrichtungen erheblich. Im Rahmen des Digitalpakt#D wird der Bund bereits Mittel für digitale Unterrichtsmittel sowie die WLAN-Ausstattung der Schulen fördern. Auf Landesebene planen wir im Zuge eines beschleunigten Breitbandausbaus ebenso Investitionen in die digitale Bildung.

Die CDU wird unter diesen Voraussetzungen prüfen, inwieweit eine Lockerung des Kooperationsverbots und die damit verbundene bessere Finanzausstattung der Bildungseinrichtungen durch zusätzliche Bundesmittel sinnvolle Beiträge zur Verbesserung der Bildungsqualität in Niedersachsen leisten kann. Der CDU ist dabei wichtig, dass eine etwaige Lockerung nicht zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung der Handlungsspielräume in der Kultuspolitik der Länder führt.

**SPD** Wir stehen dafür, dass das Kooperationsverbot endlich abgeschafft wird, denn es behindert die dringend notwendigen Investitionen im Bereich der Berufsbildenden Schulen.

Gerade im Zuge der Digitalisierung sind Investitionen des Bundes besonders notwendig.

 Wir halten es für seit Langem überfällig, das Kooperationsverbot aufzuheben, denn nur Bund und Länder gemeinsam können die notwendigen Investitionsmittel für den Bildungsbereich aufbringen. Niedersachsen unterstützt deshalb eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots.

 Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Auch ideologisches Gezänk und bürokratische Reibungsverluste passen nicht mehr in eine Zeit, in der nicht mehr Bremen mit Bayern im Wettbewerb steht, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika und China. Daher wollen wir einheitliche Bildungsstandards in Deutschland. Insbesondere Schulabschlüsse müssen über einheitlich gestellte Abschlussprüfungen vergleichbarer werden. Dabei darf es aber keine Angleichung nach unten geben. Damit wir mit den führenden Nationen mithalten können, brauchen wir mehr Mobilität und mehr Vergleichbarkeit zwischen den 16 Ländern. Dafür muss unser Bildungsföderalismus grundlegend reformiert werden.

### Besuch der Firma Enercon in Aurich



Bei ihrem letzten Treffen am 8. September 2017 wurden sehr viele anregende Gespräche über aktuelle bildungspolitische Themen geführt. Anschließend besuchten die Senioren und einige aktive Mitglieder des BLVN-Bezirks Ostfriesland die Rotorblattproduktion des Windkraftanlagenherstellers Enercon in Aurich. Es war ein sehr informativer Nachmittag für alle Beteiligten. Für die Organisation hatte der Bezirksseniorenvertreter Klaus Engelbrecht gesorgt. Aufgrund der guten Resonanz sollen ähnliche Veranstaltungen weiterhin durchgeführt werden.

*Klaus Engelbrecht*

## Informationen für Senioren

### Auch als Ruheständler des BLVN weiterhin informiert sein

Während der aktiven Zeit erhalten BLVN-Mitglieder automatisch

1. per Post das „**niedersachsen magazin**“, erstellt durch den NBB (Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion) mit einliegendem „**dbb magazin**“ des dbb (Deutscher Beamtenbund) monatlich,
2. die BLVN-Mitteilungen „**Berufsbildung im Fokus**“ dreimal jährlich,
3. die Informationen des BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) „**Die berufsbildende Schule**“ monatlich und,
4. wenn Sie über das Internet zu erreichen sind, „**BLVN aktuell**“ immer dann, wenn aktuelle Informationen für den täglichen Schuldienst und Änderungen in den Gesetzen und Verordnungen für Lehrkräfte mitzuteilen sind.

Mit dem Wechsel in den Ruhestand ändert sich die Informationslage. Ruheständler erhalten nicht mehr automatisch die unter 3. erwähnte Zeitschrift des BLBS „**Die berufsbildende Schule**“. Falls Sie die Zeitschrift weiterhin lesen möchten, dann teilen Sie das bitte der Landesgeschäftsstelle, Frau Rita Thum, Tel.: 0511.324073 mit. Sie werden wieder in den Verteiler aufgenommen.

Der Wechsel in den Ruhestand verändert auch Ihre Interessenlage. Den Schuldienst haben Sie hinter sich gelassen und konzentrieren sich auf das Alltagsleben mit allen Freuden und täglichen Unannehmlichkeiten, die ab jetzt in den Vordergrund rücken. An dieser Stelle setzt die **BLVN-Seniorenvertretung** an.

Die Mitglieder der BLVN-Seniorenvertretung vertreten die Interessen der Seniorinnen und Senioren auf Orts-, Bezirks- und Landesebene und befassen sich mit den jetzt für Sie in den Vordergrund gerückten Themen. Erörtert werden diese auf den Bezirksseniorenvertreter-sitzungen und neben anderen alltagstauglichen Informationen in den Senioreninfos „**BLVN-Seniorenvertretung – Aktuelle Informationen**“ an jeden Ruheständler weitergeleitet, der über das Internet zu erreichen ist. Voraussetzung aber ist, dass die Internetadresse in der Landesgeschäftsstelle bekannt sein muss. Falls Sie Ihre Internetadresse nicht preisgeben möchten, aber an den Informationen interessiert sind, finden Sie diese auf der Homepage des BLVN [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de) unter **Publikationen** und **Senioreninfos**.

*Peter Bahr*

### Rentenerhöhung/Zuschuss zur PKV

Rentenbezieher haben in den letzten Tagen ihren ab jetzt gültigen Rentenbescheid von der Deutschen Rentenversicherung erhalten. Ausgewiesen wurde hiermit ein Zuschuss zur privaten Krankenversicherung. Über die Folgen, falls der Zuschuss die 41-Euro-Marke erreicht haben sollte, wurde in dem Rundbrief Nr. 100 Ja-

nuar 2017 Abs. 7 – Zuschuss zur Krankenversicherung – ausführlich hingewiesen. Falls Sie nachlesen wollen, so ist es möglich: [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de) > Publikationen > Senioreninfos > Ausgabe Januar 2017.

*Peter Bahr*

### Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Beihilfeverordnung (NBhVO) vom 14. Juni 2017

Am 1. Juli 2017 ist die 2. Änderungsverordnung zur NBhVO in Kraft getreten. Die wesentlichen Veränderungen:

- § 16 a Neuropsychologische Therapie
- § 17 Abs. 1 Arzneimittel
- § 20 Hilfsmittel a) Perücken, b) Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung von Hilfsmitteln
- § 22 Häusliche Krankenpflege
- § 22 a Vollstationäre Kurzzeitpflege bei Krankheit

- § 23 Abs. 3 Haushaltshilfe a) Haushaltshilfe bei schwerer Erkrankung oder akuter Verschlimmerung einer bestehenden Krankheit, b) Haushaltshilfe durch nahe Angehörige
- § 26 Fahrtkosten
- § 47 Antrag und Belege

Die Texte zu den aufgeführten Paragraphen finden Sie unter [www.nlbv.niedersachsen.de/beihilfe\\_heifursorge/verordnung ...](http://www.nlbv.niedersachsen.de/beihilfe_heifursorge/verordnung...)

*Peter Bahr*

## Personalrat informiert

### Berta Mensen-Weering aus der Personalratsarbeit verabschiedet

Auf der Hauptvorstandssitzung des BLVN am 26. August 2017 in Hannover würdigte Heinz Ameskamp die langjährige Arbeit von Berta Mensen-Weering. Sie war sieben Jahre Mitglied im Schulbezirkpersonalrat Osnabrück und hat dort in zahlreichen Einzelfällen, in Verbandsveranstaltungen und in Personalratsschulungen die Interessen der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen vertreten. Heinz Ameskamp bedankte sich für die erfolgreiche Tätigkeit von Berta Mensen-Weering und überreichte ihr ein Geschenk. Berta Mensen-Weering wird den BLVN aber weiter im Rahmen der Bezirksverbandsarbeit aktiv unterstützen.

Lothar Lücke



## Wir informieren

### Ausstieg aus Expertengremium Arbeitszeitanalyse Lehrkräfte

## Schritt jetzt notwendig, weil klare und valide Aussagen der Politik erforderlich

„Der NBB hat Kultusministerin Heiligenstadt gestern mitgeteilt, dass er seine Mitarbeit im Expertengremium Arbeitszeitanalyse Lehrkräfte mit sofortiger Wirkung beendet. Diese Entscheidung ist nach ausführlichen Diskussionen mit den im NBB vertretenen Lehrerorganisationen und -verbänden gefallen. Wir haben bis jetzt mitgearbeitet aus Verantwortung den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, obwohl das Ziel sehr schnell erkennbar wurde, dass die Thematik damit bis zum eigentlichen Landtagswahltermin weitestgehend aus den politischen Diskussionen geholt werden sollte. Auslöser für die Entscheidung ist, dass aus unserer gemeinsamen Bewertung nunmehr im Expertengremium eine Reihe von Entscheidungen anstehen, die vorab jeweils eine klare und valide Aussage der politischen Verantwortungsträger/-innen zwingend erforderlich machen. Solche Entscheidungen kann das Expertengremium nach unserem Verständnis aus sich heraus nicht einfordern“, so Friedhelm Schäfer, der Vorsitzende des NBB, der selbst dem Expertengremium angehörte, am heutigen Tag in Hannover.

Schäfer erläutern: „Wir halten es beispielsweise für zwingend, dass von politischer Seite aus eine klare Positionierung dahingehend erfolgt, ob die jeweilige Unterrichtsverpflichtung zukünftig nicht mehr schulformbezogen festgelegt werden soll. Wir erwarten, dass nachvollziehbar dargestellt wird, wie eine weitergehende Entlastung der Schulleitungen und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben künftig erfolgen soll und auf welcher Zeitschiene. Es müssen Zusagen getätigt werden, wie und in welchem Zeitrahmen ein sich aus den Ergebnissen des Expertengremiums – bereits jetzt erkennbar – ergebender Personalmehrbedarf (unter anderem auch wegen einer notwendigen Entlastung von Teilzeitkräften) ausgeglichen werden soll. Es gibt darüber hinaus eine Reihe weiterer Punkte, in denen Fragen der politischen Bewertung - beispielsweise Akzeptanz der Göttinger Studie, Umgang mit Bereichen (unter anderem Berufsbildende Schulen), für die bisher nicht hinreichendes Datenmaterial zur Verfügung steht – geklärt werden müssen.

9. August 2017

### Seltsames Verständnis von sozialer Gerechtigkeit

## Amtsangemessene Besoldung von niedersächsischen Landes- und Kommunalbeamten nur über den Rechtsweg?!

„Statt mit uns über politische Lösungen für die nachhaltige Sicherung einer amtsangemessenen Besoldung der niedersächsischen Landes- und Kommunalbeamten zu sprechen, zwingt man uns auf dem Rechtsweg die Frage zu klären, ob mit der dieser zugestanden Besoldung gerade noch der verfassungsrechtlich notwendige Abstand zur Grundsicherung eingehalten wird. Es ist beschämend, dass diese Frage überhaupt geklärt werden muss. Wer das Thema soziale Gerechtigkeit zum Wahlkampfthema macht und dahingehend Glaubwürdigkeit erwartet, muss sich fragen lassen, warum er sich hier politischen Lösungen verweigert“, so Friedhelm Schäfer, der Vorsitzende des NBB, im Vorfeld eines am kommenden Dienstag anstehenden Verhandlungstermins beim Oberver-

waltungsgericht Lüneburg zur Klärung der Frage, ob die Alimentation niedersächsischer Beamter amtsangemessen ist.

Schäfer weiter: „Hinzu kommt, dass man sich aktuell selbst unserer berechtigten Forderung verschließt, auch den Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängern in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen die im aktuellen und im vorangegangenen Tarifabschluss verabredeten Mindesterhöhungsbeträge von jeweils 75 Euro zuzusprechen. Auch ein Indiz für ein seltsames Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, denn dafür gibt es weder haushalterische Gründe noch sprechen besoldungsrechtliche Grundsätze dagegen.“

21. April 2017

## OVG hält Besoldung im Jahr 2013 für verfassungswidrig – Beschäftigte nicht weiter über Jahre vertrösten

„Wir werten den Beschluss des OVG Lüneburg als klares Indiz dafür, dass die Besoldung niedersächsischer Beamtinnen und Beamter dringend deutlich verbessert werden muss. Es kann doch nicht sein, dass es dem Land ausreicht, wenn seine Beamtinnen und Beamten im Landesdurchschnitt gerade einmal über ein Einkommen knapp über der sozialen Mindestsicherung verfügen.“

Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass eine amtsangemessene Alimentation für jede Beamtin und jeden Beamten an jedem Ort in Niedersachsen gewährleistet sein muss. Das Land wäre jetzt gut beraten, endlich in einen politischen Dialog mit uns über Lösungsmöglichkeiten einzutreten, statt weiter Gerichtsentscheidungen abzuwarten. Wer das Thema der sozialen Gerechtigkeit vor sich herträgt, muss jetzt reagieren. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind es leid, wieder über Jahre vertröstet zu werden.

Wenn das Land dieses erneute Gesprächsangebot ablehnt, werden wir unter Einbeziehung weiterer in unserer Mitgliedschaft gesehener und thematisierter Unzulänglichkeiten über die Durchführung eines „heißen Herbstes“ in unseren Organen diskutieren und entscheiden. Ich werde vorschlagen, dass wir für die Jahre 2005 bis 2012 und ab 2014 in den drei Musterverfahren in Revision gehen. Das ist die logische Konsequenz aus den heutigen Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts“, so Friedhelm Schäfer, der Vorsitzende des NBB, am heutigen Nachmittag direkt im Anschluss an die Urteilsverkündung in drei mit Unterstützung des NBB geführten Musterverfahren zur amtsangemessenen Alimentation durch das OVG Lüneburg.

24. April 2017

## Tagung des Bundesringes Agrarwirtschaft 2017

Die diesjährige Tagung des Bundesringes der agrarwirtschaftlichen Lehrer an beruflichen Schulen fand in der Berufsbildenden Schule des Saalekreises am Standort „Carl Wentzel“ in Halle (Sachsen-Anhalt) statt. Dieser Standort umfasst den Fachbereich Landwirtschaft, Natur und Umwelt und hat bundesweite Bedeutung für die Ausbildung der Tierwirte in den Fachrichtungen Geflügelhaltung und Schäferei.

Thematisch stand in diesem Jahr die Forschungsarbeit von Frau Eva-Maria Alfiing zur „Entwicklung der beruflichen Handlungskompetenz bei landwirtschaftlichen Auszubildenden unter Berücksichtigung des systemischen Denkens“ im Mittelpunkt. Frau Alfiing ist in ihrer Dissertation an der Humboldt-Universität Berlin der Frage nachgegangen, wie systemisches Denken durch den Berufsschulunterricht entwickelt und gefördert werden kann. Sie hat Daten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erhoben und besonderes Augenmerk auf die Besonderheiten der Region gelegt. Für weiterführende Erkenntnisse sei auf den gesonderten Bericht in dieser Ausgabe verwiesen.

Günter Denninger berichtete über das laufende Projekt des Deutschen Bauernverbandes zum Thema „Qualitäts- und Vernetzungsinitiative für landwirtschaftliche Berufsbildung“, bei dem die Aspekte zu persönlichen, berufsfachlichen, pädagogischen, methodisch-didaktischen Anforderungen und den organisatorischen Bedingungen in der Ausbildung behandelt werden.

Dr. Gerhard Over stellte eine umfassende Chronik des Bundesringes der Agrarlehrer vor. Der Bundesring wurde 1950 in Göttingen als Dachverband zu den damals noch selbstständigen landwirtschaftlichen Lehrerverbänden aus den einzelnen Bundesländern gegründet. Heute sind die Delegierten der Landesverbände des BLBS im Bundesring vertreten. Von Anfang an gab es eine enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bauernverband. In den letzten Jahren wurde der Kontakt zu den agrarpädagogischen Hochschulen Berlin und München intensiviert.

Bei den Vorstandswahlen wurden Günter Denninger (Baden-Württemberg) als Vorsitzender, Dr. Gerhard Over (Niedersachsen) und Torsten Günzel (Sachsen) als stellvertretende Vorsitzende sowie Kathrin Kloß (Saarland), Gerd Bauer (Bayern) und Carsten Lindner (Nordrhein-Westfalen) als Beisitzer gewählt.



Das Foto zeigt die Tagungsteilnehmer (von links): Frau Becker, Herr Denninger, Herr Orlowski, Frau Huß, Herr Günzel, Frau Dr. Müller-Weichbrodt, Herr Lindner, Frau Kloß, Herr Over und Herr Bauer

Im Rahmenprogramm stellte Dr. Helmut Eißner die Versuchsfelder der Universität Halle zum „Ewigen Roggenanbau“ vor. Der Düngungsdauerversuch zum Winterroggen wurde 1878 von Julius Kühn erstmals angelegt und steht heute unter Denkmalschutz. Die Versuchsbedingungen in Bezug auf Sorten und Düngergaben sind seither konstant gehalten worden. Bei dem Anbau von züchterisch nicht verändertem Populationsroggen handelt es sich nach Aussage des heutigen Versuchsleiters Dr. Eisner um den „Urversuch für Nachhaltigkeit“. Es zeigt sich, dass der Roggen heute höhere Erträge als früher bringt. Herr Eisner führt dies auf die höhere Kohlenstoffdioxid-Konzentration in der Luft und die tiefere Bodenbearbeitung zurück. Auf den Versuchspartellen des Julius-Kühn-Feldes werden Jahr für Jahr folgende Versuchsglieder verglichen: ohne Düngung, Stallmistdüngung mit 120 dt/ha Stallmist und mineralische Düngung mit Nährstoffgaben, die dem Stallmist entsprechen. Auf der ungedüngten Kontrollparzelle werden lediglich 15 bis 17 dt/ha geerntet. Bei den anderen Parzellen erreicht der Ertrag 60 dt/ha ohne Unterschied, ob organisch oder mineralisch gedüngt wurde. Nähere Informationen zur Lehr- und Versuchsstation befinden sich in einer Broschüre, die als Download zur Verfügung steht unter <http://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=36509&elem=2833959>.

Das nächste Treffen soll im Jahre 2018 in Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern, stattfinden.

Dr. Gerhard Over und Torsten Günzel

# Implementation systemischen Denkens im berufstheoretischen Fachunterricht im Ausbildungsberuf „Landwirt/-in“

**Eine Interventionsstudie zum systemischen Denken im Ausbildungsberuf „Landwirt/-in“, die an insgesamt sechs Schulen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen durchgeführt worden ist, ergab, dass systemisches Denken bei landwirtschaftlichen Auszubildenden gefördert werden konnte.**

Die Grundlage für die Definition systemischen Denken bildet die Systemtheorie nach Ludwig von Bertalanffy (1972). Er definiert ein System als „eine Menge [...] von Elementen, zwischen denen Wechselwirkungen bestehen. Beispiele sind [...] eine lebende Zelle als System sehr zahlreicher organischer Verbindungen oder enzymatischer Reaktionen, eine menschliche Gesellschaft als System vieler Individuen“ (ebd.: 18).

Zum systemischen Denken wird in vielen wissenschaftlichen Disziplinen geforscht. Daraus resultieren diverse und fachspezifische Definitionen systemischen Denkens. Ossimitz (2000) hat sich dieser angenommen und sie zu einer übergreifenden Definition zusammengefasst. Er definiert systemisches Denken in vier Dimensionen als:

1. Vernetztes Denken: Denken in Rückkopplungskreisen
2. Dynamisches Denken: Denken in Zeitabläufen
3. Denken in Modellen: Zusammenhänge veranschaulichen
4. Systemgerechtes Handeln: Weiterentwicklung des Systems

Zu beachten ist allerdings, dass die Dimensionen nur zusammen betrachtet ein breites Verständnis systemischen Denkens ergeben.

Darauf aufbauend wird in der allgemeinen Didaktik systemisches Denken durch die unterschiedlichen Habits eines Systemdenkers beschrieben. Dazu gehören zum Beispiel das Ganze sehen, die Perspektive wechseln, Zusammenhänge beachten, das Handeln optimieren und Wirkungen erkennen (Bollmann-Zuberbühler et al., 2010).

Diese Habits sind besonders für nachhaltig wirtschaftende Landwirte von Bedeutung, denn die Landwirtschaft steht im Zeichen zunehmender Komplexität, sowohl durch eine erhöhte Nutzung des Landes, der Böden, der fossilen Ressourcen als auch durch die fortschreitende Technisierung in allen Bereichen (Schiere et al., 2004). Gleichzeitig stehen der Ressourcenschutz und das Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit im Vordergrund, und Auszubildende lernen das Einschätzen, Planen und Handeln in den verschiedenen Systemen der Landwirtschaft (Forstener- Ehard, 2013). Somit stehen die landwirtschaftlichen Auszubildenden heute vor ganz anderen und neuen komplexeren Herausforderungen, Situationen und Problemen, die es zu lösen gilt. Damit die Auszubildenden die Wechselwirkungen im Problemlöseprozess zwischen den landwirtschaftlichen Systemen (technische, biologische, soziale Systeme) und das lebendige Gefüge (Vester, 1993) der Landwirtschaft als ein offenes System, das stetig mit anderen Systemen in Wechselwirkung steht, erkennen und verstehen, ist es von besonderer Bedeutung systemisches Denken in der landwirtschaftlichen Ausbildung zu fördern.

Zur gezielten Förderung systemischen Denkens im Fachunterricht wurde eine spezielle Unterrichtseinheit konzipiert und an sechs landwirtschaftlichen Berufsschulen in allen drei Ausbildungsjahren im Schuljahr 2015/2016 erprobt. Thematisch ging es in der Unter-

richtseinheit vorwiegend um die Inhaltsstoffe des Futters und um fütterungsbedingte Krankheiten. Zu den Methoden, die in der Unterrichtseinheit angewandt worden sind, gehören unter anderem die Schnappschussmethode, um die Ganzheitlichkeit einzelner Problemdarstellungen zu verdeutlichen. Das Mind-Mapping wurde hier eingesetzt, um den Auszubildenden die einzelnen Systembestandteile sowie deren Wechselwirkungen und Zusammenhänge aufzuzeigen. In der Unterrichtseinheit waren es speziell die Wechselwirkungen in dem System „Tierproduktion“. Dazu gehören unter anderem die Bestandteile Tierhaltung, Fütterung und Krankheiten. Durch das Zeichnen eines Wirkungsnetzes wurden den Auszubildenden die Wechselwirkungen und Beziehungen zwischen den Makronährstoffen verdeutlicht. Eine weitere Methode war das Erstellen einer Wirkungskette. Sie verfolgte das Ziel, dass die Auszubildenden die Konsequenzen eines ersten Lösungsvorschlags erkennen, möglicherweise daraus schlussfolgern, dass der gewählte Lösungsvorschlag nicht optimal war, sich eine Alternative überlegen und dadurch ihr Handeln optimieren. Das entwickelte Unterrichtskonzept mit den dargestellten Methoden wurde in sechs landwirtschaftlichen Berufsschulen im Versuchs-Kontrollgruppe-Design erprobt. Um zu überprüfen, inwieweit systemisches Denken durch die Unterrichtseinheit und die eingesetzten Methoden gefördert werden konnte, wurde vor der Intervention ein Prä-Test und nach der Intervention ein Post-Test geschrieben sowie nach weiteren acht Wochen ein Follow-up-Test, um zu überprüfen, inwieweit ein nachhaltiger Effekt der Intervention vorhanden war. Der Test enthielt 18 Multiple-Choice-Aufgaben zum systemischen Denken. Zusätzlich sollten die Teilnehmer/-innen (TL) eine Selbsteinschätzung auf einer vierstufigen Likert-Skala zu Items der Skala ‚Arbeitsvermeidung‘, ‚Lernmotivation‘ und ‚Vorwissen‘ abgeben. Allgemeine Angaben wie das Alter, Geschlecht und der letzte Bildungsabschluss wurden ebenfalls erfasst.

Insgesamt nahmen 252 landwirtschaftliche Auszubildende aller drei Ausbildungsjahre an der Studie teil. In der Versuchsgruppe waren insgesamt 139 TL und in der Kontrollgruppe 113 TL. Davon waren zum Zeitpunkt der Datenerhebung insgesamt 183 TL im dritten Ausbildungsjahr, 36 TL im zweiten und 33 TL im ersten Ausbildungsjahr.

Im Ergebnis zeigte sich, dass systemisches Denken bei landwirtschaftlichen Auszubildenden gefördert werden konnte. In der Versuchsgruppe lag ein höchst signifikanter Unterschied zwischen dem Ergebnis des Prä-Tests und des Post-Tests vor. Allerdings konnte ein nachhaltiger Effekt nicht nachgewiesen werden. Des Weiteren kann in beiden Gruppen von gleichen Voraussetzungen ausgegangen werden, da kein signifikanter Unterschied zwischen der Versuchs- und Kontrollgruppe bezüglich der Skalen ‚Arbeitsvermeidung‘, ‚Lernmotivation‘ und ‚Vorwissen‘ belegt werden konnte.

Damit systemisches Denken zukünftig im berufstheoretischen Unterricht gefördert werden kann, ist es notwendig, dass Lehrer/-innen und Referendare durch speziell konzipierte Weiterbildungsangebote in den Methoden und den Habits eines Systemdenkers geschult werden. Auch in Universitäten, in diesem Fall speziell in der Lehramtsausbildung, sollten Methoden systemischen Denkens erlernt werden. An der Hawkesbury (Western Sydney University) und an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien gibt es erste Ansätze, mit Szenariotechnik und/oder Planspielmethoden systemisches Denken bei Studierenden zu fördern. Hierauf aufbauend könnten auch Weiterbildungsangebote für Lehrer/-innen entwickelt werden.

*Eva-Maria Alfing*

# Kosteneinsparungen bei Kreditkarten

Ab 2018 dürfen sich alle Besitzer einer Mastercard Gold Verbandskreditkarte auf einen weiteren Vorteil freuen. Wer öfter mit der Bahn oder Flugzeug reist, weiß, dass ein Zuschlag bei Bezahlung mit der Kreditkarte erhoben wird. Erfreut hat das niemand. Für die Anbieter der Leistung eine gute Zusatzeinnahme. Ob die Erhebung gerechtfertigt war oder nicht, sei dahingestellt. So hat die nationale Fluggesellschaft Lufthansa bereits seit 2011 eine Gebührenstaffel für innerdeutsche 5 Euro, europäische 8 Euro und interkontinentale Flüge 18 Euro an Gebühren bei Kartenzahlung eingeführt. Sie wurde Optional Payment Charge oder im Fachjargon OPC genannt, ist aber nichts anderes als eine dreiste Zusatzgebühr. Die Bahn verzichtete sogar auf einen neuen Namen. Sie war schlicht und einfach ein weiterer der vielen Zuschläge. Ab dem 31. Mai 2016 erfolgte bei Lufthansa eine Änderung. Jetzt betrug die Kreditkartengebühr generell 1,65 Prozent des Ticketbetrages, maximal wurden jedoch 25 Euro berechnet. Kreditkartengebühren kennen auch andere Fluggesellschaften. Vueling etwa verlangt 3 Prozent, Easyjet, Ryanair und Eurowings verrechnen 2 Prozent, Condor gar nur 1 Prozent. Andere Airlines dagegen verlangen überhaupt keine Gebühr für die Kreditkartenzahlung. Ein uneinheitlicher Mischmasch in Europa, dem die EU mit einem neuen einheitlichen Verfahren ein Ende gemacht hat.

Nun hat der Bundestag das Verbot dieser Zuschlagsregelung beschlossen und damit für die Umsetzung der zweiten Zahlungsdienste-Richtlinie der Europäischen Union von 2015 in nationales Recht gesorgt.

Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft. Bis dahin müssen auch Airlines wie die Lufthansa ihre vor einigen Jahren eingeführte Kreditkartengebühr (OPC) wieder abgeschafft haben. Ebenso müssen auch Billigflieger und die Bahn auf die Erhebung von zusätzlichen Entgelten bei Kartenzahlung verzichten. Bisher waren

solche Aufschläge zulässig und gerade Low Cost Airlines haben darin eine lukrative Einnahmequelle gesehen.

Die Kreditkartenzahlung muss ohne weitere Gebühren akzeptiert werden. Dies gilt auch für Zahlungsarten wie Überweisungen und Lastschriften in Euro sowie Debitkarten (ehemalige EC-Karten). Bei den Kreditkarten darf es keine Gebühren für weitverbreitete Karten wie Mastercard und Visa geben. Wer hingegen mit wenig verbreiteten Karten wie American Express oder Diners Club bezahlt, den dürfen die Fluggesellschaften sowie die anderen Anbieter auch künftig gesondert zur Kasse bitten. Auch Zahlungen mit Angeboten wie Paypal können weiter mit Gebühren belastet werden.

Hintergrund, was die Kreditkarten betrifft: Nur für Vier-Parteien-Kartenzahlverfahren wie Master und Visa wurde vor zwei Jahren die Deckelung der Händlergebühr auf 0,3 Prozent des Umsatzes vorgeschrieben. Damit kostet der Einsatz dieser Karten die Händler kaum noch etwas. Anders ist dies beim Drei-Parteien-Verfahren von American Express: Dieses darf weiterhin hohe Entgelte vom Handel verlangen. Somit sind Gebühren für Kunden, die Karten dieses Anbieters einsetzen, auch künftig zulässig. Eine Anpassung für diese Karten an die EU-Regeln 0,3 Prozent ist ab 9. Dezember 2018 vorgesehen.

Eine erfreuliche Änderung, die der Mastercard Gold Verbandskreditkarte einen weiteren monetären Vorteil beschert und das Reisen billiger macht.

John Kames  
Commercial Cards, Consulting and Sales  
Tel. 06081.687286  
E-Mail: john.kames@t-online.de

## Unsere Verbandskreditkarte

Immer mehr BLVN-Mitglieder nutzen für sich und ihre Angehörigen unsere bewährte Verbandskreditkarte – denn die Vorteile sprechen für sich:

### Gebührenfreie MasterCard Gold

- Keine Jahresgebühr – dauerhaft
- Keine Auslandseinsatzgebühr – weltweit
- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen – 1,73 Prozent Zinsen pro Monat für den Zeitraum Abhebung – Rechnungsausgleich, aber auch ohne Auslandseinsatzgebühr
- Keine Gebühren für Ersatzkarte, Ersatz-PIN, Kartensperrung, postalische Rechnungszusendung
- Jederzeit kündbar – kostenlos
- Partnerkarten zu den gleichen Konditionen

### Inkludierte Reiseversicherungen

- für zu mindestens 50 Prozent mit der Karte bezahlte Reisen
- Reiseausfall, Reiserücktritt, Reiserücktransport, Verspätungen, Reisekrankenversicherung, Reiseunfallversicherung, Reisediebstahlversicherung

### Günstige Rabatte

- Bis zu 40 Prozent bei Neuwagenkauf für 34 Marken
- 5 Prozent Rückvergütung bei Mietwagen über ein Partner-Mietwagenportal und bis zu 20 Prozent bei Alamo in USA/Kanada
- 5 Prozent Reisegutschrift mit Bestpreisgarantie über ein Partner-Reiseportal

Weitere Informationen und Antragsformulare für Sie und Ihre Angehörigen erhalten Sie auf unserer Homepage [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de).



Sparen auch Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte!

# Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontaktdaten: siehe Impressum)

## Wir gratulieren

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
<b>60 Jahre</b>				Lübke Hans-Joachim Delmenhorst 19.09.1935			
Grannemann	Hans-Werner	Aurich	14.07.1957	<b>83 Jahre</b>			
Hackmann	Karl-Heinrich	Cloppenburg	15.07.1957	Trebbin	Ingrid	P Hannover	13.07.1934
Dröse	Christiane	Hannover 21	17.07.1957	Schenk	Karl	P Lüneburg	13.07.1934
Kleihauer	Annegret	Papenburg	29.07.1957	Drescher	Hans-Georg	Wilhelmshaven	17.07.1934
Kerl	Doris	Osterode	10.08.1957	<b>84 Jahre</b>			
Dreyer-Hobohm	Elisabeth	Oldenburg	10.08.1957	Kabel	Hans-Joachim	Braunschweig	26.08.1933
Niermann	Christine	Papenburg	03.09.1957	Sappert	Dieter	P Braunschweig	28.09.1933
Kleinhenn	Rolf	Hannover JvL	06.09.1957	Rothe	Elisabeth	P Stade	29.09.1933
Gödiker	Maria	Lingen	09.09.1957	<b>85 Jahre</b>			
Bornemann	Gisela	Hildesheim	21.09.1957	Händel	Gisela	Aurich	01.08.1932
Ludewig	Peter	Gifhorn	27.09.1957	Schuppe	Lucie-Lotte	Wolfenbüttel	09.08.1932
Hesse	Gudrun	Northeim	27.09.1957	Stenzel	Ingeborg	Leer	13.08.1932
<b>65 Jahre</b>				Bockisch	Herbert	Braunschweig	21.08.1932
Thöle	Elisabeth	Cloppenburg	14.07.1952	Rüger	Fritz-Jürgen	Peine	02.09.1932
Rowold	Gerhard	Wildeshausen	14.08.1952	<b>86 Jahre</b>			
von Hennig	Susanne	Stade	17.08.1952	Lemke	Helga	Stade	20.07.1931
Enderstein	Hartwig	Cuxhaven	22.08.1952	Zimmermann	Horst	Lüneburg	22.08.1931
Korte	Hermann	Cloppenburg	30.08.1952	Hunfeld	Joachim	Papenburg	23.08.1931
Steenblock	Wilfried	Leer	05.09.1952	Kiel	Egon	Cuxhaven	03.09.1931
Wieting	Peter	Meppen	07.09.1952	Cott	Georg-Oswald	Braunschweig	21.09.1931
Beyer	Bärbel	Uelzen	13.09.1952	Leeker	Marianne	Emden	30.09.1931
Griesen	Maria	Papenburg	22.09.1952	<b>87 Jahre</b>			
Linde	Gerhard	Buchholz	26.09.1952	Kendelbacher	Anneliese	Wolfsburg	02.07.1930
Gröver	Eduard	Lingen	30.09.1952	Droste	Arnold	Holzminden	19.08.1930
<b>70 Jahre</b>				Vollprecht	Maria	Bersenbrück	14.09.1930
Dreyer	Hans-Peter	Rotenburg	11.07.1947	<b>88 Jahre</b>			
Ebbecke	Ina-Maria	Uelzen	15.07.1947	Freinatis	Hans-Joachim	Nordhorn	06.07.1929
Wrage-Brors	Kurt	Leer	18.07.1947	Frahm	Bodo	Hildesheim	14.07.1929
Metelmann	Horst	Stade	08.08.1947	Reinecke	Hartmut	Hameln	15.07.1929
Kutz	Karl-Heinz	Papenburg	22.08.1947	<b>89 Jahre</b>			
Brückmann	Wilhelm	Leer	23.08.1947	Barnick	Liesel	Lüneburg	29.07.1928
Musche	Günter	Oldenburg	23.08.1947	Scheumann	Horst	Stade	14.08.1928
Ropers	Gerda	Bremervörde	02.09.1947	Ziegler	Martin	P Lüneburg	18.08.1928
Sperveslage	Josef	Bersenbrück	04.09.1947	<b>90 Jahre</b>			
Lohmann	Helmut	Soltau	08.09.1947	Grosse	Richard	Hildesheim	05.07.1927
Meyering	Helene	Cloppenburg	11.09.1947	Hüllemann	Ursula	P Osnabrück	11.07.1927
Lamer	Helmut	Diepholz	14.09.1947	Neetzel	Wilfried	Wesermarsch	05.08.1927
Hollmann	Lutz	Osterholz-Scharmbeck	19.09.1947	Camin	Ilse	P Stade	13.08.1927
Kröger	Margret	Vechta	22.09.1947	Traeger	Walburga	Rinteln	25.09.1927
Theuerkauf	Manfred	Gifhorn	22.09.1947	<b>91 Jahre</b>			
Rösseler	Heinz	Stadthagen	27.09.1947	Zocher	Waldemar	Hildesheim	11.07.1926
<b>75 Jahre</b>				Eberhard	Eberhard	Delmenhorst	14.07.1926
Gerhardt	Eberhard	Hannover ME	02.07.1942	Leerhoff	Heiko	Ammerland	18.07.1926
Rink	Lothar	Osnabrück-Melle	10.08.1942	Tornscheidt	Gisela	Wolfenbüttel	29.07.1926
Börner	Edzard	Hildesheim	25.08.1942	Mannel	Vitus	Osnabrück-Haste	03.08.1926
Schmackers	Heinz	Lingen	08.09.1942	Middelbeck	Josefa	Cloppenburg	27.08.1926
Markus	Reinmar	Northeim	10.09.1942	Zischkale	Manfred	Springe	28.08.1926
<b>80 Jahre</b>				Ziebs	Manfred	Meppen	31.08.1926
Tripmaker	Jürgen	Wesermarsch	29.07.1937	Waldmann	Wilhelm	Osterode	12.09.1926
Niebuhr	Wilhelm	Wolfenbüttel	30.07.1937	Bremer	Alfred	Peine	13.09.1926
Flögel	Elisabeth	P Lüneburg	05.08.1937	<b>92 Jahre</b>			
Hoheisel	Sigrun	Wolfenbüttel	24.08.1937	Kurtzahn	Helmut	Oldenburg	06.09.1925
Krüger	Schwanhilde	Leer	31.08.1937	Carganico	Ilse	Verden	07.09.1925
Schüler	Gerd-Lothar	Wittmund	07.09.1937	Eilers	Erich	Varel	26.09.1925
Spickermann	Hans-Georg	Holzminden	08.09.1937	<b>93 Jahre</b>			
Klaffke	Hermann	Norden	30.09.1937	Tilsner	Ingeborg	Leer	10.07.1924
<b>81 Jahre</b>				Behre	Edlef	P Hannover	11.09.1924
Wolff	Ernst-Dieter	Lüneburg	02.08.1936	<b>95 Jahre</b>			
Eckmann	Dr. Werner	Salzgitter	18.08.1936	Wilmlink	Dietrich	Nordhorn	16.07.1922
Ruholl	Maria	Vechta	15.09.1936	<b>97 Jahre</b>			
<b>82 Jahre</b>				Franz	Sabine	P Stade	05.09.1920
Schaper	Reinhard	Hannover 2	01.07.1935	<b>98 Jahre</b>			
Peetz	Horst	Bad Harzburg	11.07.1935	Langhagel	Karl-Heinz	Celle	26.08.1919
Harms	Lothar	Uelzen	11.07.1935				
Frohmann	Edeltraud	Rinteln	17.07.1935				
Wittkop	Jürgen	P Lüneburg	16.08.1935				
Krüger	Siegmar	Göttingen	19.08.1935				
Hillegeist	Hans-Heinrich	Göttingen	30.08.1935				
Körte	Heinz-Bernd	Meppen	07.09.1935				

## Wir gedenken

Geburtsdatum	Verstorben	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
02.05.1927	27.04.2017	Flerlage	Josef	Oldenburg	Cloppenburg	OStR a.D.
14.12.1921	09.05.2017	Scholz	Hans-Joachim	Osnabrück	Bersenbrück	OStR a.D.
02.04.1931	22.05.2017	Preut	Dr. Heinrich	Oldenburg	Cloppenburg	P
13.03.1958	19.06.2017	Revermann	Margret	Osnabrück	Papenburg	L.f.F.'in
26.12.1924	22.06.2017	Heckenthaler	Wilhelm	Osnabrück	Papenburg	P
17.01.1932	05.07.2017	Veuskens	Wilhelm	Osnabrück	Lingen	StD a.D.
19.09.1933	06.08.2017	Kozubek	Walter	Braunschweig	Göttingen	OStR a.D.
25.08.1938	23.08.2017	Neupert	Monica	Ostfriesland	Aurich	OStR'in a.D.
14.09.1917	13.09.2017	Wolpers	Irmengard	Hannover-Süd	Hildesheim	OStR'in a.D.



Jetzt  
**30,- Euro**  
dbb-Start-  
guthaben<sup>1)</sup>  
sichern!

# 0,- Euro Bezügekonto<sup>2)</sup> der „Besten Bank“

<sup>1)</sup> Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.  
<sup>2)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ dbb-Vorteil: 30,- Euro Startguthaben<sup>1</sup>



## Mehr Informationen? Gerne!

Ingo Muhs, Regionalbevollmächtigter Öffentlicher Dienst  
Region Niedersachsen  
Tel. 0172-6797478, E-Mail: [ingo.muhs@bbbank.de](mailto:ingo.muhs@bbbank.de)



Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst